

Der Wunsch nach dem Kinde in Westdeutschland nach dem letzten Weltkriege

Inaugural-Dissertation

verfaßt und der
Hohen Medizinischen Fakultät
der Johann Wolfgang von Goethe Universität
Frankfurt/Main
zur
Erlangung der Medizinischen Doktorwürde

vorgelegt von

Hans Zühlke

aus Hanau/Main

1955

Dekan : Prof. Dr. Hopf

Ref. : Priv. Doz. Dr. Schmith



Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Kapitel I: Bejahung	8
Kapitel II: Ablehnung	17
Kapitel III: Das Zufallskind	33
Kapitel IV: Geburtenregelung	39
Kapitel V: Forderungen und Schutzmaßnahmen	44
Kapitel VI: Tabellarischer Anhang	56
Literatur	61
Lebenslauf	

Vorwort

Meine Arbeit betrachte ich hauptsächlich als eine Sammlung des einschlägigen Materials in Form von Fragen und Antworten.

Der befragte Personenkreis fand sich überwiegend unter den Bürgern und ortsansässigen Heimatvertriebenen der Stadt Hanau/Main, Auswanderern, früheren Patienten sowie unter der Belegschaft der „Dunlop AG.“ in Hanau/Main, in der Folge bezeichnet als „Allgemeinreihe“ mit bloßer Fallzahl, bzw. „Dunlopreihe“ mit D + Fallzahl.

In der Zeit von 1952—53 wurden 385 Familien mit insgesamt 561 nach Beendigung des 2. Weltkrieges gezeugten und geborenen Kindern erfaßt, davon 61 Familien mit 88 Kindern aus der Dunlop-Belegschaft.

Bezüglich Auslese besteht subjektiv von Seiten des Untersuchers völlige Auslesefreiheit. Objektiv stellen die 385 kasuistisch bearbeiteten Fälle eine Auslese von etwa 15 000 Familien in Hanau dar. Einbezogen wurden die Fälle, welche sich wahllos nach Neugeburten-Standesamtsregister usw. boten. Diese „Auswahl“ fand ihre natürliche, zahlenmäßige Grenze in der durch den Arbeitsumfang der kasuistischen Erfassung des Einzelfalles gegebenen Begrenzung. Diese läßt aber immerhin eine gewisse Verallgemeinerung der Ergebnisse zu und nähert sich einer Repräsentationserhebung.

Da das Material, das ich im Laufe der 2 Jahre gesammelt habe, viel reichlicher ist, als ich zuvor erwartet habe, sehe ich mich außer Stande, es vollständig nach allen Seiten hin auszuwerten; doch versuche ich zumindest, das Gesammelte soweit im Text zusammenzustellen, daß es nach Wunsch zu weiteren Arbeiten verwendet werden kann.

Das Eingehen auf sehr persönliche, ja diskrete Dinge, war nicht immer leicht. Es kostete viel Zeit und häufig wiederholte Aussprachen, um zum Ziel zu kommen. Durchschnittlich habe ich 1 Stunde pro Aussprache verwendet.

Dazu kommt, daß die Untersuchung zu einer Zeit durchgeführt wurde, die in wirtschaftlich politischer Beziehung den

Stempel des Unselbständigen und Provisorischen trägt und von einem leidenschaftlichen, weltanschaulichen Kampf durchpulst ist. Die Sorgen des deutschen Alltags in der Bundesrepublik kommen in ihr zum Ausdruck, die von der gesamten Bevölkerung in gleichem Maße getragen werden, oft noch in der Erinnerung an die jüngste Vergangenheit, mit der Fragestellung an die Erfordernisse der Gegenwart und dem Ausblick in eine mehr als fragwürdige Zukunft, unter der Last des letzten Krieges.

Neben der erreichbaren Literatur und der Korrespondenz mit Vertretern aus Wissenschaft und Politik wurde auch die Presse weitgehend benutzt. Die Eigenart des Themas machte es notwendig, die Antworten der Befragten vielfach im Original wiederzugeben. Die Motive, die jetzt den Wunsch nach dem Kinde in der Bundesrepublik bestimmen, sollen im Folgenden untersucht werden und einen Beitrag zur Entwicklung des internationalen Geburtenrückgangs darstellen, wie ihn Burgdörfer erst unlängst für Deutschland skizziert hat:

„Deutschland steht nicht außerhalb der Entwicklung, sondern marschiert geradezu an der Spitze. Es hat seit der letzten Jahrhundertwende den schärfsten Geburtenrückgang „und den bedrohlichsten Geburtentiefstand aufzuweisen. Von 1900 bis 1933 ging im Altreich die Zahl der Lebendgeborenen von über 2 Millionen auf weniger als 1 Million (970 000) zurück und die Geburtenziffer des Jahres 1933 von 14,7 aufs Tausend der Bevölkerung lag unter der Frankreichs und aller anderen europäischen Länder.

Die Jahre 1934 — 1940 brachten einen beachtlichen Wiederanstieg, der zwar vorübergehend war, aber mindestens insofern von grundsätzlicher Bedeutung ist, als damit der Beweis für eine Beeinflußbarkeit dieser Entwicklung erbracht wurde, ein Beweis, der neuerdings auch auf Grund der französischen Bevölkerungspolitik seine Bestätigung gefunden hat.

Im zweiten Weltkrieg sank die Geburtenzahl begreiflicherweise wieder ab, wenn auch bei weitem nicht in dem Ausmaß wie im ersten Weltkrieg. Die Jahre nach 1945 brachten mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen zunächst wieder einen Anstieg (Nachholungsperiode), auf den aber ab 1950 wieder ein Rückgang erfolgte. Die deutsche Geburtenziffer nähert sich wieder dem Tiefstand von 1933. Damals fehlten etwa 30 v. H., also annähernd ein Drittel, an den Fortpflanzungsleistungen,

die zur bloßen Erhaltung des Volksbestandes erforderlich gewesen wären.“

(S. Burgdörfer, Friedrich : „Bemerkungen zum Ausgleich der Familienlasten“, Ärztliche Mitteilungen v. 20. 3. 54).

Auf die am Schluß der Arbeit befindliche „Fragestellung bei der Erhebung“ wird hingewiesen.

Einleitung

Schon nach Sichtung weniger Fälle ergaben sich Gemeinsamkeiten, die es nach Abschluß der Erhebung ratsam erscheinen ließen, das gesamte Material in der vorliegenden Weise systematisch zu ordnen.

Dem Thema entsprechend, finden zunächst die positiven Stellungnahmen Berücksichtigung und in Bezug auf ihre soziale Schichtung eine tabellarische Zusammenfassung auf S. 15. Dem deutschen Auswandererproblem wird in diesem Rahmen eine Ergänzungsuntersuchung gewidmet, die in der graphischen Darstellung ihren Niederschlag fand.

Die negativen Meinungen, begründet durch wirtschaftliche Not, Verantwortungsgefühl und Lebensgenuß, erfordern eine gleichartige Untergliederung und sind ebenfalls in Bezug auf ihre soziale Schichtung tabellarisch S. 31 zusammengestellt.

Eine besondere Betrachtung wird dem Zufallskind gewährt, aus der dessen Bedeutung und Zwitterstellung zwischen diesen Extremen hervorgeht.

Im Anschluß hieran wird das Problem der Geburtenreglung unter Einbeziehung einiger großer Religionsgemeinschaften erörtert. Mit der Besprechung von Forderungen und Schutzmaßnahmen zur Behebung des Geburtenschwundes und der familiären Schwierigkeiten findet die Arbeit ihren Abschluß.

KAPITEL 1

Bejahung*)

„Ehe ohne Kind ist wie
Suppe ohne Salz“ (148)

1a) Familiengründung.

Unter den abgegebenen Begründungen für die bewußt gezeugten Kinder dominiert die Familiengründung mit 130. Hierzu müssen auch jene 9 Fälle gerechnet werden, die eine Gravidität oder ein Kind als Druckmittel für die Erreichung ihres Zieles benutzen, weil sich die Schwiegereltern nach Meinung der Partner dem geplanten Ehebund gegenüber als störrisch erweisen (320). 69 Begründungen sehen in Kindern den Sinn der Ehe, für die es sich zu schaffen lohnt, die erfüllte Freude bzw. das festigende Bindeglied (102, 305, 318, 319, D38).

Daß man „die Katze nicht im Sack kauft“, wie der Vater im Fall D 14 meint, wird man nicht ohne weiteres als unglaublich unterstellen können. Er „wollte sehen, ob die Braut Kinder kriegen würde“. Dieser Brauch ist in bäuerlichen Kreisen unserer Bevölkerung durchaus noch im Schwange. Er ist immer noch als positives Bekenntnis zum Kind zu bewerten, das allerdings gewisse Voraussetzungen zum „Nestbau“ stillschweigend einbezieht.

Der Wunsch nach einem weiteren Kinde findet sich am häufigsten in 1-Kind-Familien geäußert. Dafür einige typische Begründungen: „Ein Kind ist kein Kind“. 7 wünschen sich ein zweites Kind, z. B. auch aus „erzieherischen Gründen“ (D 59): „Zu sehr verwöhnt“. „Ein Kind soll nicht allein aufwachsen“. „Bessere Erziehbarkeit und Aufzucht“. Oder: „Das andere Geschlecht (auch Stammhalter)“. „Kindernärrisch, kinderlieb“. „Der Wunsch nach Pärchen“. Vereinzelt wieder: „Versorgung im Alter“, z. B. „Ich möchte als Kriegsbeschädigter später gerne eine Hilfe im Alter haben“. „Ja, gleich wann“. „Sehr erwünscht“. „Ersatz für einen eventuellen Todesfall“. „Das eine Kind könnte ja sterben“. In 6 Familien wird das bereits verlorene, gestorbene oder auf der Flucht umgekommene Kind erwähnt. „Möglichst vor dem 30. Lebensjahr der Frau“. Den gleichen Begründungen begegnet man auch in anderem Zusammenhang.

Bevorzugt wird entschieden die 2-Kind-Familie. Das einzige Kind wird also als „Sorgenkind“ betrachtet. „2-Kind-Familie geplant“. „Wir wünschen uns 2 Kinder“. „2 Kinder genügen für eine Arbeiterfamilie“. „2 Kinder genügen und sollen gute Erziehung haben“. „Möglichst bald 2-Kind-Familie“.

*) Siehe Tabelle „Bejahung und soziale Schichtung“ Seite 15.

Mit Abstand folgt erst die 3-Kind-Familie. Auch der Verlauf einer bevorstehenden Geburt fällt vereinzelt in die Waagschale, wie der Gesundheitszustand der Ehefrau.

Auffallend unter den bejahenden Begründungen ist die große Zahl der Vorbehalte, welche das bedingungslose „Ja“ erheblich einschränken!

1b) Wunsch nach dem anderen Geschlecht.

In 31 Fällen wird auf der Basis mindestens eines schon vorhandenen Kindes der „Wunsch nach dem anderen Geschlecht“ angegeben, gelegentlich mit der speziellen Begründung des schon lange gewünschten Nachfolgers. Doch wird man gerade hier skeptisch sein müssen, weil sicherlich manches Kind erst nachträglich dem Außenstehenden gegenüber als „Wunschkind“ deklariert wird, wie Fall 69 zeigt, wo sich berechtigter Vaterstolz nicht die Blöße geben will, nach vier vorausgegangenen Mädchen den nun eingetroffenen Buben als „Zufallskind“ zu bezeichnen.

1c) Altersversorgung.

In 10 Fällen herrscht die Begründung der „Altersversorgung“ vor. Das befremdet zunächst, wie wenn ein Urteil Jahrzehnte vorweggegriffen würde. Und doch liegt in dieser schlichten Aussage eine weise Erkenntnis, die das Leben allen Eltern einmal aufzwingt. Die Sorge der unvermeidlichen Alterseinsamkeit tritt meist solange nicht ein, wie Schaffenskraft und Gesundheit ungebrochen sind. Sie wird aber fast stets dann akut, wenn der Tod den geliebten Gefährten von der Seite reißt. Alter schafft schon ohne die Attribute der Krankheit und Gebrechlichkeit ein erhöhtes Schutzbedürfnis, dem von den Kindern durch Aufnahme in der eigenen Wohnung, im eigenen Haus oder in der Nähe („Altenhaus“ der Bauern) gewöhnlich Rechnung getragen wird. In diesem Kreis schafft der Mensch nur durch Not und Willkür vereinzelte Ausnahmen, die dem „Altersheim“ und ähnlichen Einrichtungen ihre Daseinsberechtigung geben. Inwieweit das Leben solche zunächst vagen Hoffnungen erfüllt, ist eine völlig unberechenbare Größe. Nicht in allen Fällen richtet es unerbittlich nach dem Spruch: „Was ihr sät, das werdet ihr ernten“, sondern es läßt immer wieder die merkwürdigsten Ausnahmen zu. Die Bedeutung der Großeltern wird später auch in anderem Zusammenhang beleuchtet werden.

1d) Heimkehrer.

Fall 33 bringt einen aus der deutschen Nachkriegszeit nicht wegdenkbaren, unterernährten Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft in den Problemkreis, der in einer geglückten Gravidität eine „persönliche Bewährungsprobe“ sieht. Solche Minderwertigkeitsbedenken dystrophischer Kriegsgefangener waren in der Tat nicht selten. Doch haben sich diese Befürchtungen rascher ins Gegenteil gekehrt als andere Symptome der Dystrophie.

Bei meinen Untersuchungen der Spätestheimkehrer hörte ich auch nicht selten die optimistische Begründung, daß die jetzt bestehende Gravidität deshalb beabsichtigt war, um die Entwicklung dieses Kindes endlich einmal von Anfang an mit väterlichen Augen zu beobachten, was ihnen bisher versagt gewesen wäre.

1e) Landschaftliche Herkunft und Grenzland.

Dabei waren die staatspolitischen Grenzen maßgebend. In der Dunlop-Reihe lassen sich diese landschaftlichen Erwägungen nicht anstellen, weil sie zufällig keine Heimatvertriebenen enthält. Unter den 325 Angaben der Allgemein-Reihe wurden 84 Auslandsdeutsche und 53 in der Ostzone beheimatete Flüchtlingsfamilien herausgestellt. In diesen Fällen sind beide Ehegatten Heimatvertriebene. Die Zahl der in der jetzigen Bundesrepublik einheimischen Ehen schließt dagegen auch solche mit einem heimatvertriebenen Teil ein. Es stellt sich nun heraus, daß die heimatvertriebenen Ehepaare eine geringe Überlegenheit in der Fruchtbarkeit kinderreicher Familien aufweisen, obwohl sie um ein Drittel in der Minderheit sind. Diese Tatsache bestätigt eindeutiger das amtliche statistische Zahlenmaterial und W. Hatzinger. Familien aus den Balkanstaaten und der C.S.R. zeigten den höchsten Kindersegen, der sich bei ehelicher Bindung mit der einheimischen Bevölkerung, die in jedem Jahre inniger wird, nur noch vereinzelt nachweisen läßt. N a h m nannte es in einem Zeitfunkgespräch des Hessischen Rundfunks vom 20. 9. 1953 unter Bezug auf das Statistische Jahrbuch ein unerklärliches Phänomen, daß die heimatvertriebene Bevölkerung in der Bundesrepublik im Schnitt bei größerer Ehefreudigkeit nicht nur die kinderreicheren Familien stellt, sondern auch die geringere Säuglingssterblichkeit und Beteiligung an den Hilfsschülerzahlen als die einheimische aufweist, obwohl sie unter ungünstigeren Bedingungen zu leben gezwungen ist.

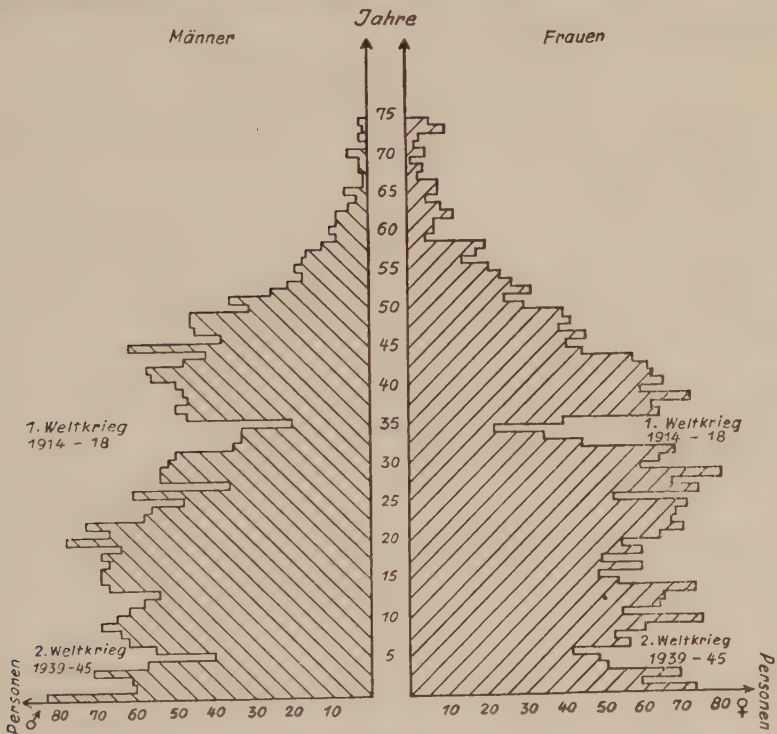
Es fiel bei der Untersuchung auf, daß Familien, bei denen beide Eltern aus kinderreicher Familie stammten, eine höhere Kinderzahl aufweisen als Familien, bei denen 1 Ehepartner aus einer kinderarmen Familie stammte (es gelang mir nicht, eine ausreichende Anzahl Ehepaare zu erfassen, bei denen beide Ehepartner aus kinderarmen Familien stammten).

Aus der nachfolgenden Tabelle ersieht man, daß 144 Ehepaare, bei denen beide Eltern geschwisterreich waren, über 364 Kinder (2,5 pro Ehepaar) verfügen, demgegenüber 218 Ehepaare, bei denen nur 1 Elternteil geschwisterreich war, über 455 Kinder (2,1 pro Elternpaar). Der Prozentsatz der über 3 Kinder verfügenden Ehepaare betrug bei Berücksichtigung der kleinen Zahl in der 1. Gruppe rund 30%, in der 2. nur etwas über 10%. Die soziale Lage wie altersmäßige Zusammensetzung der beiden Gruppen war annähernd die gleiche. Da die beiden Gruppen den gleichen exogenen Faktoren Mitteleuropas ausgesetzt waren, drängt sich die Annahme auf, daß es die erblich bedingte (körperlich-geistige und seelische) Konstitution ist, die in ihrer Reaktion auf die Umwelt die Kinder bejaht oder verneint.

	Zahl der Ehepaare	1.—3. Kind	4.—8. Kind	Gesamtzahl der Kinder	pro Ehepaar
1. Beide Eltern geschwisterreich	144	108 Fam. = 75 %	36 Fam. = 25 %	364	2,52
2. Ein Elternteil geschwisterreich	218	188 Fam. = 86 %	30 Fam. = 14 %	455	2,08

1f) Auswanderer.

Eine Gruppe antwortet: „Nach Auswanderung“. „Wer kann uns eine friedliche Zukunft hier versprechen?“ (98). Sie ist insofern bedeutsam, als sie vielfach bei vertriebenen auslandsdeutschen Familien zu finden ist, die aus Tradition auf Kinderreichtum gehalten haben. Deshalb darf auch die Antwort nicht überraschen: „Für die Landwirtschaft braucht man Kinder“, „um die Fremdarbeiter durch billige Arbeitskräfte zu ersetzen“, wie ich persönlich 1930 in Bessarabien bestätigen konnte. Die jahrgangsmäßige Darstellung in Pyramidenform in ihrer Beziehung zum Alter des bis 1952 durch das Auswanderungslager Hanau/Main abgewickelten USA-Programms zeigt neben der sozialen Komponente den enormen Volkstumsverlust an Säuglingen, Kleinkindern und Jugendlichen, die gegenüber der jetzigen Bevölkerungspyramide nach Burgdörfer der Bundesrepublik einen längst vergangenen Wunschtraum darstellt. Wie sich dieser biologische



Altersaufbau

der im „Volksdeutschen Programm“ über Hanau/Main nach USA ausgewanderten Heimatvertriebenen. (Eigene Ausarbeitung aufgrund von 6 222 Auswandern.)

Aderlaß für die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes auswirken wird, läßt sich noch gar nicht absehen. Die deutsche Jugend ist ein billiger Export-Artikel geworden, und „erhebliche Teile des deutschen Geburtenüberschusses“ (Burgdörfer) kommen anderen Ländern zugute.

W. Hatzinger wies nach, daß unsere Auslandsdeutschen den größten Kindernachwuchs hatten. Auch das Statistische Bundesamt mußte den Heimatvertriebenen die kinderreichsten Familien der Bundesrepublik bestätigen. Siehe graphische Darstellung: Altersaufbau im „Volksdeutschen Programm“ Seite 11.

1g) Die kinderreiche Familie.

In 5 Fällen nur wird in der Allgemeinreihe von vornherein ohne Vorbehalte der Wunsch nach mehreren Kindern (137) bzw. kinderreichen Familien (ab 4. Kind) geäußert. Diese Absicht taucht bei den Dunlop-Ehen auffallenderweise überhaupt nicht auf:

Hier planten 2 Ehen eine Dreikindfamilie,
19 Ehen eine Zweikindfamilie,
2 Ehen eine Einkindfamilie.

Der Wille zur Kleinhaltung, besonders zur Zweikindfamilie, geht aus den Dunlop-Fällen viel krasser hervor; er wird oft zu einem genau auskalkulierten „Projekt“.

Die Antworten über die Reaktion der Umwelt auf die kinderreiche Familie sind insofern interessant, als sie durch ihre Gegensätzlichkeit zur jüngsten Vergangenheit die gegenwärtige Auffassung beleuchten. Schon das dritte Kind begegnet nicht selten einer Abwehr: „Wie kann man sich in der heutigen schweren Zeit noch ein 3. Kind anschaffen!“. „Von Verwandtenseite Vorwurf der Verantwortungslosigkeit“.

Über den Rahmen der engeren Verwandtschaft hinaus meldet sich die Hausgemeinschaft: „Mieterstreit im Haus, weil Lärm ist“ (D 24). „Hausbesitzer wollen keine Kinder in Wohnungen haben“.

Im übrigen nehmen die Antworten die reichhaltige Skala vom Scherz mit dem Finger an der Stirn bis zum „frommen“ Bedauern ein. Man hat den Eindruck, daß sie aus natürlichem Schamgefühl gemildert wiedergegeben wurden und in Wirklichkeit oft nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig lassen. Nahezu alle kinderreichen Familien bejahren eine Frozelei in irgendeiner Form und reagieren mit Abwehr oder Resignation: „Warum ich so blöd sei“, „ob ich wahnsinnig wäre“. „Man muß sich ja viel anhören, aber helfen tut mir auch keiner“. „Man hat es doch viel schöner ohne Kind“. „Das ist manchmal mehr als häßlich, aber was soll man machen“. Die Witzeleien durch Mitarbeiter sind an der Tagesordnung. Man kann ihnen heute schlecht begegnen. Die durch Unerfahrenheit bedingte Frozelei geht bis zur Unterschlagung von Neugeburten bei staatlichen Dienststellen“ (49). „Schon, aber man läßt sich mit der Zeit keine Unverschämtheiten mehr bieten!“ „Das hat sich in Deutschland leider geändert“. „Natürlich, hier ist heute alles möglich“. „Man muß sich das heute gefallen lassen, aber was wollen Sie dagegen tun?“ „Es ist traurig genug,

aber in der Bundesrepublik heute keine Seltenheit" (56). „Ja, das ist heute sehr bedauerlich und ein Zeichen unseres völkischen Tiefstandes" (46). „Man findet heute viel Skrupellosigkeit über Eltern kinderreicher Familien". Und auswanderungswillige auslandsdeutsche Familien meinen: „Das ist heute nur in Deutschland möglich, in unserer Heimat nicht". „Das ist bald vorbei, in USA wird man eine kinderreiche Familie auf dem Lande mehr schätzen".

Skepsis, Enttäuschung und Vorwurf bleiben nicht verborgen. Alles in allem eine lehrreiche Kritik, die für eine künftige Familienpolitik vielleicht nützlich sein könnte.

1h) Weltanschauung.

Auch unabhängig von der Wahlpropaganda war in diesem delikaten Punkt keine besondere Ausgiebigkeit zu erwarten. Die Mehrzahl der Befragten lehnt einen Einfluß der Weltanschauung, auch der politischen Überzeugung auf die Kinderzahl ab. Aber trotz aller notwendigen Skepsis zeigt sich wieder, daß die 1- und 2-Kind-Familien in allen geäußerten politischen Bekenntnissen überwiegen. Der größte Teil der Befragten weicht allerdings einer Angabe des politischen Bekenntnisses aus, es ist hier „ungebunden" oder „politisch nicht interessiert". Mehrfach fällt die Antwort: „Deutsch" oder „Demokratisch" oder „in Ermangelung einer besseren Staatsform jetzt nicht!" Andere Antworten lauten: „Wegen politischer Unsicherheit zurückhaltend". „Mißbrauch führt zu Kanonenfutter" (198). „Aus verstandesmäßigen Gründen".

Rein zahlenmäßig ist der „Wunsch nach dem Kinde" bei den christlichen Überzeugungen überlegen. Unter anderer Fragestellung ergaben sich jedoch auch neue Gesichtspunkte: „Bekennen uns zu einer christlichen Familie". „Das Materialistische überwiegt in der Welt. Deshalb ist es gut, wenn man ein gutes Gegengewicht hat" (s. auch Papst Pius XII).

Die Dunlop-Reihe ist in diesem Punkte übrigens noch zurückhaltender.

In Bezug auf die religiösen Bekenntnisse fällt zunächst auf, daß sich die Mehrzahl zu einer aktiven Gläubigkeit bekennt. Die traditionelle Bindung bleibt im ganzen zwar in der Minderheit, findet sich aber vorwiegend im evangelisch-lutherischen und wesentlich reduziert im römisch-katholischen Bekenntnis.

Die Geschlechter bekennen sich etwa paritätisch zu einer traditionellen Bindung, während die Frauen in aktiver Gläubigkeit zahlenmäßig gering überlegen sind. Bei den Konfessionslosen zeigt sich eine deutliche Betonung der Männer. Die unterschiedlichen Zahlenangaben erklären sich durch die relativ häufigen konfessionellen Mischehen.

Die meisten der Befragten lehnen einen Einfluß ihrer religiösen Überzeugung auf die Kinderzahl ab. Unter den wenigen bejahenden Stimmen finden sich teils allgemein gehaltene, teils aber auch sehr bestimmte Antworten auf gewisse Vorbehalte. Niemals ist von der 1-Kind-Familie die Rede: „Kinder müssen sein". „Kinder gehören zu einer Familie". „In eine christliche Familie gehören nach unserer Religion mehrere Kinder" (60, 287). „Eine christliche Ehe ohne Kinder ist sinnlos". „Wir bekennen uns

zu einer kinderreichen, christlichen Familie" (116). „Ein guter Christ beweist es durch die Tat" (239). „Wir wollen mit der Überlieferung nicht brechen" (D 1). „Kinder sind selbstverständlich". „Mehrkindehe wird vertreten" (D 28). „Adventisten treten aktiv für die Familie ein" (327). „Eine christliche Familie sollte nicht ohne Kinder sein" (322). „Mehrere Kinder gehören in eine wirtschaftlich gesunde Familie" (49). „Wir sind der Meinung, daß in eine christliche Familie mehrere Kinder gehören, wenn es möglich ist" (137). „Wir bejahen die christliche Familie, aber mit eigener Verantwortung" (321). Es ist immerhin bemerkenswert, daß derartige Bekenntnisse bei einer zur leeren Form gewordenen Angehörigkeit zu einer Kirche nicht zu finden sind.

Die Verantwortung erscheint nicht mehr als alleiniges bürgerliches Postulat, sondern auch als Forderung der christlichen Familie. Die praktische Verwirklichung dieses Standpunktes zeigt sich im Abrücken von einer alten christlichen Tradition. Die Erfordernisse der Gegenwart erweisen sich als durchaus vereinbar mit modernen Christenpflichten, ein Anpassungsvorgang, der nicht von den Hirten, sondern von der Gemeinde her entwickelt worden ist und nun aus der christlichen Familienethik nicht mehr herauszunehmen ist.

„Die Religion wünscht es, aber die menschlichen Umstände sind entscheidend" (D 38). Die christliche kinderreiche Familie wird durch den Zwang der Verhältnisse vor die gleiche Entscheidung gestellt wie jede andere Familie auch. „Der Wunsch nach dem Kinde" hat sich durch Geburtenbeschränkung der Sicherung der Existenz unterzuordnen! Eine besondere Betonung kinderreicher Familien unter dem Vorzeichen eines christlichen Bekenntnisses einschließlich der Sekten und Mischehen ist nicht festzustellen.

„Man muß Kirche und Staat trennen". „Vereinigung sozialistischer Weltauffassung und eines evangelischen Bekenntnisses ist durchaus möglich". Oder: „Verträgt sich mit einem katholischen Bekenntnis". Diese Antworten zeigen, wie der alte Hausstreit der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik immer noch weiter schwelt und auf weltanschaulichem Gebiet eine Synthese sozialistischer mit christlicher Ideologie, oft auf Kosten der Religiosität versucht wird, die unausgesprochen in vielen traditionellen Bindungen zu vermuten ist. Das Bollwerk der ehemals kinderreichen christlichen Familie hat seinen nicht aufzuhaltenden Einsturz auch aus dieser Richtung her zu verdanken.

Über die Notwendigkeit des Nachwuchses für unser Volk, also außerhalb des familiären Rahmens, ist sich der Kreis der Befragten bis auf wenige Ausnahmen klar. Die Begründungen sind keineswegs einheitlich, bald allgemein, bald präzisiert: „Unbedingt". „Notwendig". „Auf jeden Fall". „Natürlich". „Reichlich sogar, der beste Schutz". „Sonst Volkstod". „Unser Volk muß erhalten bleiben" (99). „Gerade Deutschland" (48). „Für das Leben eines Volkes ausschlaggebend". „Wir sind zur Familiengründung verpflichtet" (141). „Ich glaube, wir sind Staat und Volk eine Familie schuldig" (279).

„Für jede Familie verschieden, da gibt es keine Norm“ (283). „Aber die Familie darf nicht in Gefahr kommen“ (309). „Um Kriegsausfall zu ersetzen“. „Wir brauchen ja Kinder, um unsern Staat zu schützen“. „In der augenblicklichen Lage fehlt Nachwuchs, aber unser Land ist jetzt zu klein“. „Kinder sind eine Bürgerpflicht“ (321). „Wir sind als Staatsbürger für unser Volk verpflichtet“ (319). „Wir sind dem Volk mehrere Kinder schuldig, wenn wir sie ernähren können“ (310). „Doch, 1—2 Kinder, nicht wie früher 5—6 und noch mehr“ (248). „Ja, aber der Arbeiter sollte sich mit 1—2 Kindern begnügen“. „Ja, aber keinen Überschuß, der beim 3. Kind eintreten würde“. „Wäre ungünstig für die Wirtschaft“ (186). „Nur gering, siehe Arbeitslosenziffern“. „Zur Bestanderhaltung“. „Aber angepaßt an Raum und politische Verhältnisse, die Lage ist zu ungewiß“ (212). „Zur Zeit gering, Wohnungsnot. Man weiß nicht, was später kommt“ (D 49). „Ja, aber bei dem Flüchtlingsstrom fraglich“.

Gleichlautende Begründungen wiederholen sich in der Dunlop-Reihe, in der mehrmals vor der Gefahr der Übervölkerung, Arbeitslosigkeit und Kriegsbegünstigung gewarnt wird.

Unter den bejahenden Antworten fällt aber eine häufig gebrauchte Kompromißlösung auf, die man mitunter bei sozialistischen Überzeugungen findet: „Mäßig“, „wenig“, „knapp“, „vorsichtig“, „in beschränkter Anzahl“, „nicht zuviel“, „gedrosselt“.

Stark vertreten ist die unzweideutige Antwort: „Zeitgemäß“.

Bejahung und soziale Schichtung

Art der Beschäftigung	Zahl der Ehepaare	Vorbehaltlos	Bedingt	Summe der bejahenden Meinungen
Ungelernte Arbeiter	74	48	37	85
Facharbeiter Handwerker	162	116	76	192
Angestellte, untere und mittl. Beamte Soldaten	100	82	43	125
Bauern	24	15	14	29
Inhaber selbst. Handwerksbetriebe	10	12	6	18
Akademiker **)	15	18	11	29
Insgesamt:	385	291	187	478

*) Als Kuriosität sei erwähnt, daß sich auch ein Unterstützungsempfänger vorbehaltlos für weiteren Kinderwunsch ausspricht. Er wird in dieser Tabelle nicht mitgeführt.

**) Darunter ein Künstler.

Bejahung und soziale Schichtung.

Aus der Tabelle ergibt sich, daß der bedingten Bejahung die größere Bedeutung zukommt. Vielfache Unsicherheit und Unentschlossenheit verberatende Hemmungen und Vorbehalte, in denen sich Wunschbild und Wirklichkeit spiegeln, werden als Begründung angegeben. Sie sind annähernd gleich in allen Beschäftigungszweigen zu finden, etwas betonter bei den ungelernten Arbeitern.

Vitalität ist das überragende Motiv für den „Wunsch nach dem Kinde“. Sofern weltanschauliche Gründe mitbeteiligt sind, gehören sie fast ausnahmslos christlichen Gedankengängen an, wobei besonders das Bekenntnis zu mehreren Kindern aus christlicher Überzeugung ausgesprochen wird. Ein anderweitiger weltanschaulicher Antrieb kommt nicht zur Geltung.

Die vorbehaltlose Bejahung zeigt ihr Minimum bei den ungelernten Arbeitern und ihr Maximum bei der Gruppe der Angestellten, Beamten und Soldaten. Bei den Gruppen der selbständigen Handwerker und Akademiker erscheint zwar ein Übergewicht, das infolge ihrer kleinen Zahl jedoch nicht mit Sicherheit verwertbar ist.

KAPITEL II

Ablehnung*)

A) Wirtschaftliche Not:

„Wir haben gerade
so unser Auskommen“.

Unter den „exogenen“ Begründungen spielt die wirtschaftlich-finanzielle Unsicherheit eine bedeutende Rolle.

1. Ernährungsschwierigkeiten.

Die Frage der Ernährung und Verpflegung ist von ausschlaggebender Bedeutung für die geplante Größe der Familie, für den „Wunsch nach dem Kinde“. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Margarine in der Bundesrepublik längst das Nahrungsmittel oder die „Volksbutter“ ist, die alle Volksschichten versorgt.

Der überwiegende Teil der Befragten spart an Verpflegung ein, um für Anschaffungen aller Art Geldmittel flüssig zu machen, weil der Verdienst zu knapp ist. Zusätzliche Ernährungsquellen, wie Garten, Ackerland, Feder- und Kleinvieh schließen eine wichtige Lücke. Hierbei sind die Großeltern oft entscheidend beteiligt.

Auf die Frage: „Sind weitere Kinder erwünscht?“ sind die Antworten am reichhaltigsten!

„Dann gibt es kein wirtschaftliches Fortkommen mehr“. „Es genügt für mein Einkommen“. „Wirtschaftlich unmöglich“. „Jetzt schon schwierige Lage“. „Können nicht mehr ernährt werden“ (242). „Schwerer Existenzkampf“. „Schon jetzt tief in Sorgen“. „Wirtschaftlich an der Grenze des Möglichen“. „Zu hohe Kosten bei geringem Verdienst“. „Man soll den Bogen nicht überspannen“ (323). „Die Sorge wird immer schwieriger. Die Kinder verlangen immer mehr Geld, je größer sie werden“. „Das Leben ist z. Zt. zu teuer. „Es langt einfach nicht“. „Nur bis zur finanziellen Tragbarkeit“ oder „Die Grenzen des Möglichen sind erreicht“. „Nach sicherer Existenzgründung“. „Erst bei besserer persönlicher und allgemeiner wirtschaftlicher Lage“. „Nach Besserung der Löhne“. „Man kann heute nur für das Essen arbeiten“. „Aber nur, wenn Arbeitsplatz erhalten bleibt“. „Erst nach 2—3 Jahren“. „Nur jetzt nicht, wir müssen beide berufstätig sein“.

Auch falls bessere wirtschaftliche und Wohnverhältnisse zu erwarten sind, wird weiterer Nachwuchs z. T. entschieden abgelehnt:

„Eine wirtschaftliche Besserung ist noch lange kein Grund, sich einen größeren Kinderreichtum zuzulegen“ (211).

„Auch dann nicht, sondern Leben genießen, sich mehr gönnen“ (1-Kind-Familie eines Elektrikers). „Nein, weil eine solche Entwicklung nicht abzusehen ist“ (321). „Aber wer weiß das und wer hilft uns?“ (315).

*) Siehe Tabelle „Ablehnung und soziale Schichtung“ Seite 31.

Mit dem Hinweis auf Förderung der Arbeitslosigkeit und eines neuen Krieges: „Wenn in jeder Familie nur 2—3 Kinder gezeugt werden, ginge es uns in Deutschland besser“. „Bei 1 bis 2 Kindern pro Familie wären die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse besser“. „Nachwuchs für den nächsten Krieg nicht notwendig“. „Nur unter gesünderen Voraussetzungen“. „Aber nur dann, und danach sieht es doch gar nicht aus“.

Ein Beamter des höheren Dienstes meint: „Der Wunsch nach weiterem Zuwachs wird durch wirtschaftliche und Wohnverhältnisse nicht beeinflusst“ (213).

Auch die noch nicht erfolgte eheliche Bindung wird erwähnt: „Wenn verheiratet“.

Die bewußte Nachwuchsbeschränkung dieser mächtigen Gruppe ergibt sich aus dem Mißverhältnis von Verdienst und Lebenshaltungskosten. Jedes Ansteigen der Kinderzahl steigert also die wirtschaftliche Not und hemmt den wirtschaftlichen Aufstieg der Familie.

Achinger und Mitarbeiter haben in ihrem Material besonders in Familien der Ungelernten und der Angestellten gleichfalls unzureichende Löhne und Gehälter festgestellt. Den Konfliktsstoff zwischen Lohnerhöhung und Preissenkung in einem für die junge Aufbaufamilie günstigen Sinne zu lösen, gehört zu den größten Aufgaben der Zukunft.

2. Wohnverhältnisse.

Die Wohnungsfrage, die unzureichende Wohnung gehört zu den schwierigsten, aber nicht unlösbaren Problemen der Bundesrepublik. Die noch junge Aufbaufamilie und die kinderreiche Familie leisten hier seit Jahren den größten Verzicht. Durch den ständigen Flüchtlingsstrom werden die Bemühungen der Bundesrepublik nicht gerade erleichtert.

Es ist nicht überraschend, daß die Zahl der Unzufriedenen unter den Befragten überwiegt. Ein ähnliches Ergebnis erbrachte eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach/Bodensee im März 1950. Unter den nicht genügenden Wohnungen findet sich häufig die 1-Zimmer-Wohnung, die Untermiete, das Behelfsheim. Aber auch rein familiäre Gründe werden oft genannt, z. B. Lösung von den Eltern bzw. Schwiegereltern, weil sich junge Familien nicht mehr am Gängelband führen lassen (244). Hier bilden die Großeltern, die von vielen Familien aus dem Gefühl der besseren Geborgenheit aufgenommen wurden, mitunter einen raumbeengenden Faktor im Ausdehnungsbestreben der wachsenden Familie. Allen Begründungen gemeinsam aber ist die mangelnde Ausdehnungsmöglichkeit, die durch die Zunahme der Familie und das Wachstum der Kinder — besonders bei zweierlei Geschlecht — bedingt ist. Durch diese vorläufig nicht ausreichenden Wohnverhältnisse jener starren Zwergwohnungen wird ein nicht unbeträchtlicher Teil unserer Bevölkerung zu einer ständigen „Wohnunruhe“ verurteilt, die häufig mehrfachen Wohnungswechsel erforderlich macht und typisch für die sogenannte „Wohnraumlenkung“ in unserem Staatswesen ist. Sie ist vorwiegend in den Städten anzutreffen, die wegen ihrer höheren Industrialisierung in den Schwerpunktprogrammen des sogenannten sozialen Wohnungsbaues bevorzugt werden.

Die sich damit bietende Möglichkeit des Experimentierens ist noch nie so weidlich ausgenützt worden. Es gibt nichts, was hier nicht ausprobiert worden wäre. Die Stadt Hanau/Main, vor ihrer Zerstörung blühend und reich, bietet dafür ein Musterbeispiel und mußte sich den Vorwurf „Blockhausen“ gefallen lassen.

Die mangelhafte Qualität haftet jeder Massenware an, besonders, wenn an ihr noch verdient werden soll. Bereits im ersten Jahr begannen fortlaufende Reparaturen, die mich auffallend an die Bauweise während meiner russischen Gefangenschaft erinnern: Schlechter Verputz, minderwertige Ölfarben, zu früh verarbeitetes Holz an Türen und Fenstern, Mauerrisse, undichte Kamine, Feuchtigkeit mit folgender Pilzbildung, unzureichende Schallsolierung, die ein besonders häufiger Grund des Anstoßes ist, fehlende Kochnischen und Herde und andere Mängel mehr.

Die Kleinstwohnung, die propagierte Verkleinerung der einzelnen Wohnräume zwang auch die Möbelindustrie zum Umdenken. Die Vergrößerung der Wohnküche geschah auf Kosten anderer nötiger Wohnräume. Gar nicht selten müssen Betten übereinander gestellt werden. Es ist bezeichnend, daß man von „Wohnraumbeschaffung“ sprach! Wie beschämend weit wir uns von der Vorstellung der Wohnung entfernt haben, zeigt Otto Schmith in seiner Arbeit über die körperlichen und seelischen Folgen der Wohnungsnot. Dazu kommt eine innere Abneigung gegen die „nicht vorteilhafte Zusammenballung im Wohnblock“, gegen den „Wohnblock als Massenbildung“.

Wenige Jahre haben genügt, diese Fehlentwicklung aufzuzeigen, was allein dem wiedererstarkten Familienbewußtsein zu verdanken ist. Man könnte das allenfalls als Versuch einer raschen, behelfsmäßigen Überbrückung eines dringenden Notstandes verteidigen: „Verbessert haben wir uns doch“, wenn man bedenkt, daß unzählige Familien aus Kellerlöchern und menschenunwürdigen Behausungen befreit wurden. Es ist sehr bemerkenswert, daß erst in jüngster Zeit die Familie wiederentdeckt wird, um die es seit Kriegsende still war, und daß man in diesem Zusammenhang die familiengerechte Wohnung fordert. Damit ist der Standpunkt, nur ein Dach über dem Kopf zu haben, zugunsten der Wohnung überwunden. Es ist sehr eindrucksvoll, diese Meinungsbildung in der Presse zu verfolgen. Allein in der Wortfindung „familiengerechte Wohnung“ liegt ein tiefes Schuldbekenntnis gegenüber den vergangenen Nachkriegsjahren. Über mahnende Einzelstimmen in den Zeitungen erheben nun auch Minister und der Bundeskanzler selbst diese Forderung, welche inzwischen durch ein gesetzgeberisches Programm dieser Notwendigkeit Rechnung trägt, das sehr deutlich die Abkehr von dem wohn- und weltanschaulichen Irrtum der Wohnblockbauweise zum Ausdruck bringt. Er kündet u. a. auch die Sorge für die „staatstragende gesunde Familie durch verstärkten Bau von Eigenheimen“ an, der bereits aufgegriffen wurde. In welchem Sinne diese Betonung der Gesundheit einer Familie zu verstehen ist, zeichnet sich bisher noch nicht ab.

Aus einem persönlichen Brief des Bundesministers für Wohnungsbau vom 20. 5. 1954 geht hervor, daß dieses Bauprogramm von Eigenheimen eigenstaatlichen Richtlinien zu verdanken ist:

„Wohnungsbauprogramme außerdeutscher Länder haben bei der Abfassung des ersten Wohnungsbaugesetzes nicht als Vorbild gedient. Es ist vielmehr aufgrund eigener wohnungspolitischer Erkenntnisse, Erfahrungen und Überlegungen entstanden“.

Wenn man den Wohnungsvorschlägen im einzelnen nachgeht, kann man feststellen, daß der Wunsch nach einem Eigenheim, Einfamilienhaus oder Siedlungshaus alle Erwartungen übertrifft und in den meisten Fällen, besonders in der Dunlop-Reihe, mit einer echten Begeisterung geäußert wurde, ohne die jetzigen Schwierigkeiten der Verwirklichung zu verkennen, die vor allem in mangelndem Kapital begründet sind. Eindeutiger kann eine Absage an die Wohnvermessung überhaupt nicht zum Ausdruck kommen, überzeugender aber auch nicht die Freude am Eigenheim und die darin verankerte Freiheit und Unabhängigkeit!

Gründe für die Wahl des Eigenheims.

- a) Die Freude am Eigentum mit selbstschöpferischer Raumgestaltung:

„Eigentum wäre das Beste“. „Wir möchten so gern ein Eigenheim und wenn es noch so klein wäre!“ „Eigenheim, das nur meiner Familie gehört“. „Die Zimmer kann ich nach meinem Geschmack bauen“. „Die Freude am Besitz spornt an, das Heim immer schöner zu gestalten und zu pflegen. Es bleibt genügend Ausbreitungsmöglichkeit“ (260).

- b) Die überwundene Wohnenge:

„Wir haben dieses Hausen satt“. „Ach, käme ich mir vor!“ (317). „Da könnten wir auch unsere Eltern zu uns nehmen“ (70).

- c) Die Entwicklung der Kinder ist gewährleistet:

„Jede Wohnung muß für eine Erweiterung der Familie gedacht sein. Diese Möglichkeit bietet natürlich ein Eigenheim am besten. „Da könnte meine Familie so richtig hineinwachsen“ (258). „Günstiger für die Aufzucht der Kinder“. „Hier kann sich freies Familienleben entfalten“.

- d) Sicherheit und erfülltes Schutzbedürfnis:

„Ein eigenes Heim bietet immer für die Familie die größte Sicherheit und Schutz“. „Das eigene Haus ist die beste Garantie für den Frieden einer kinderreichen Familie und gesunde Aufzucht“ (64). „Eine kleine Burg für die Familie, die uns manche Sorge abnimmt, z. B. hohe Miete“.

- e) Keine Bindung an eine unerwünschte Mietgemeinschaft:

„Für uns sein, um dem Krach mit anderen Mietern, Siedlungsgesellschaften usw. aus dem Wege zu gehen“. „Nicht den Schikanen anderer Leute ausgesetzt sein, wie jetzt die kinderreiche Familie“. „Man sehnt sich danach, einmal wieder ohne Ärger aus der Umgebung allein zu sein!“ (256).

- f) Los vom Wohnblock:

„Mehr Freiheit als im Wohnblock“ (217). „Einzelhäuser, nicht Blockbau-

weise" (160). „Geschlossene Siedlung mit kleinen Wohnungseinheiten" (165). „Nicht so stark mit anderen Menschen zusammengedrängt".

g) Auf längere Sicht sparsamer:

„Eigenheim ist auch auf die Dauer finanziell am tragbarsten" (229). „Schon wegen der hohen Miete, die das Einkommen stark belastet, wäre ein Eigenheim angebracht" (257).

Immer wieder wird die ausreichende Wohnung gefordert: „Erst bessere Wohnverhältnisse". „Wohnung sollte so groß sein, daß auch die Kinder Platz haben, wenn sie größer sind" (307) und darüber hinaus: „Die Familie muß Platz haben, besonders in jungen Ehen, bei denen mit Kindern zu rechnen ist" (321). Auch diesem Begehren wird inzwischen Rechnung getragen durch Berücksichtigung von Jungvermählten und sogar Verlobten, wie es z. B. die Stadt Frankfurt/Main plant.

Die „grüne Lunge" des Gartens wird mehrfach gewünscht: „Ideal wäre ein Eigenheim mit Garten". „Häuschen mit Garten wäre das Gescheiteste", das „Siedlungshaus mit Vorgarten", das man gern am Stadtrand sehen möchte. Frühere Bauern sehnen sich nach dem „Bauernhaus mit eigener Scholle".

Auch die Badewanne sollte kein Luxusgegenstand mehr in der Bundesrepublik sein!

Die räumliche Enge wird überwiegend in der Richtung wirksam, daß sich die Familiengröße der Wohnungsgröße anpaßt. Auch das Fehlen der eigenen Wohnung wird hier bereits angedeutet. Für den Bevölkerungspolitiker liegt darin vielleicht eine gewisse Hoffnung versteckt, deren Berechtigung sich bei zunehmender Wohnungsauflockerung erst in der Zukunft erweisen wird.

Wanderungsbewegung, Mieten, Eigenwohnung.

Die Entscheidung Stadt oder Dorf ist nicht nur berufsbedingt, sondern neben besseren Arbeitsmöglichkeiten wesentlich abhängig von dem niedrigeren Mietsatz auf dem Lande. Nach einer bisher unwidersprochenen Zeitungsnotiz hat das Land Hessen die höchsten Mieten in der Bundesrepublik. Zimmervermietungen sind heute ein besonders lohnendes Geschäft. Durch entsprechende Inserate werden Besatzungsangehörige angelockt, weil eine deutsche Familie die schwindelnden Wucherpreise nicht bieten kann. Die augenblickliche Höhe der Wohnungsmieten ist für die junge Aufbaufamilie häufig eine unüberwindliche finanzielle Barriere, die durch den Baukostenzuschuß noch gesteigert wurde. „Durch Abzahlung des Darlehens für Baukostenzuschuß übernormale finanzielle Belastung". Hier liegt vielleicht ein Grund dafür, daß die Eigenwohnung unter den Wohnungswünschen eine so geringe Berücksichtigung findet und das Eigenheim überwältigend bevorzugt wird. Trotzdem können die relativ hohen Wohnungsmieten die Wanderungstendenz in die Städte nicht nennenswert beeinflussen, die z. B. in Hessen auf dem Land wie in den Städten die Bevölkerungszunahme im I. Quartal 1953 ausschließlich bestimmt.

Der „Wohnblock“ als Form des sozialen Wohnungsbaues hat danach offensichtlich weder in materieller noch ideeller Hinsicht die Forderung der Gegenwart erfüllt, weil er den „Wunsch nach dem Kinde“ unberücksichtigt ließ. Er war und ist eine volkswirtschaftliche „Fehlinvestition“ (Burgdörfer). Darum hat er für die Zukunft keine Daseinsberechtigung mehr. Auch H. v. Brentano sprach sich in der Bundestagsdebatte vom 28. 10. 1953 entschieden gegen „kollektivistische Tendenzen“ in der Familienpolitik aus.

So verständlich und wünschenswert die Konzentration der Familie im Eigenheim auch erscheinen mag, so ist doch die Gefahr der Isolation nicht zu verkennen, die den Blick für die Außenwelt trüben kann.

3. Die mitarbeitende Mutter.

Bedeutsam sind auch jene Begründungen, die sich mit der Wertung der Frau als Gattin und Mutter befassen und mehr Rücksichtnahme auf die Grenzen ihrer Schaffenskraft fordern: „Übersteigt die Arbeitskraft meiner Frau“. „Es genügt für meine Frau und mein Einkommen“. „Meine Frau kann es nicht schaffen“ (264). „Eine Mutter kann gar nicht so viel bewältigen in der heutigen Zeit“ (312). Dabei ist die Antwort: „Ich möchte nicht, daß meine Frau arbeiten geht“, bemerkenswert, weil sie gegen den Strom zu schwimmen scheint. „Es macht doch Mühe genug, neben dem Existenzkampf noch 2 Kinder hochzuziehen, besonders wenn beide Eltern arbeiten müssen“ (140). „Hausfrau ist als Mutter voll ausgelastet“. „Man sollte auch die Mutter schonen.“ „Hausfrau hat genug Sorgen“. „Noch größere Belastung für die Mutter“. „Frau muß schon mitarbeiten“. „Ich erstickte im Haushalt und komme zu nichts anderem. Die Ehe leidet darunter“ (326).

Mit diesen Äußerungen wird das Problem der arbeitenden Frau und Mutter berührt, das hier von vornherein als unerwünscht abgelehnt und in späteren Variation als nachteilig für die junge Familie empfunden wird. 89 Mütter, d. h. etwa 23%, sind berufstätig! Man soll nicht glauben, daß die Berufstätigkeit der Mutter in der Bundesrepublik nur der Ausdruck begeisterter Gleichberechtigung ist. Aus dieser Kasuistischen Sammlung drängt die Erkenntnis in den Vordergrund: sie ist vielmehr ein selbstloses heroisches Opfer, das als vorübergehender Notbehelf zur Sicherung der bedrohten Existenz und zur Vervollständigung des Nestbaues oft unter Ausschaltung der persönlichsten Bedürfnisse gebracht wird. Neben die helfende Funktion der Großeltern tritt hier die des Kindergartens oder Kinderhortes. Ein Stück Familienleben mit seinen Freuden und Pflichten wird also zwangsmäßig nach außen verlagert. Die Beobachtung eines Pfarrers ist sicher nicht unrichtig, daß diese Institutionen in manchen Fällen die eigene Bequemlichkeit nicht berufstätiger Mütter nur fördern. Bei meinen Besuchen tauchte nicht selten die Frage auf: muß diese Mutter berufstätig sein, wenn sie ihre Lebensansprüche in Bezug auf Sonderwünsche etwas herunterschraubte? Es ist bezeichnend, daß nicht von staatlicher, sondern von kirchlicher Seite aus die Nachteile dieser Entwicklung (so u. a. kindliche Dauerschäden!) aufgezeigt werden, die von Fröbel sicher nicht geahnt wurden. Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, wenn sich der

„Wunsch nach dem Kinde“ entsprechend ausrichtet und ein Kind mitunter als lästige Fessel empfunden wird? Eine bedenkliche Entwicklung in Richtung auf das sowjetrussische Vorbild, das dem weiblichen Geschlecht in der Gleichheit der Arbeitssklaverei mit dem Mann endlich auch die heiß-ersehnte „Befreiung von der Sklavin des Kochtopfes“ brachte.

4. Der verdrängte Beruf.')

„In einem verdrängten Beruf ein ganzes Leben zu schaffen, ist kein Leben auf die Dauer“ (99).

Eine berufsfremde Beschäftigung, deren Beendigung sich nicht absehen läßt, bedeutet sehr oft einen sozialen Abstieg und damit zwangsläufig eine wesentliche Einbuße an qualitativ wertvollem Nachwuchs, wie es der Erläuterung der diesbezüglichen Tabelle zu entnehmen ist. Die Zahl der „verdrängten Berufe“ unter den verdienenden Männern und Frauen, die durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse aus der Bahn geschleudert wurden, beträgt fast $\frac{1}{4}$ des gesamten Materials. Verdienende Mütter werden nur ausnahmsweise davon berührt. So finden sich denn auch diese verdrängten Berufe am stärksten unter den „Hilfsarbeitern“. Daß sie sich als nachwuchshemmendes Motiv so wenig bemerkbar machen, mag sich überwiegend aus einer allmählichen wirtschaftlichen Festigung erklären.

*) s. anschließende Tabelle.

**Die Kinderzahl bei den durch die politische Nachkriegslage
in der Bundesrepublik aus ihren Berufen Verdrängten und als
„Hilfsarbeiter“ beschäftigten Personen.**

*)

Erlerner Beruf:	Zahl der Verdrängten	Gesamt- Kinderzahl	Kinder- zahl n. 1945	Durchschn. d. Gesamt- Kinderzahl	Nach 1945
Handwerker	51	108	91	2,1	1,8
Angestellte	17	40	38	2,4	2,2
Landwirt	22	53	37	2,4	1,7
Insgesamt:	90	201	166	2,2	1,8

*) Das Alter der Eheleute und die Dauer der jeweiligen Ehe sind in allen Berufsgruppen ungefähr gleich verteilt.

**Die Kinderzahl bei den durch die politische Nachkriegslage
in der Bundesrepublik aus ihren Berufen Verdrängten und als
„Hilfsarbeiter“ beschäftigten Personen.**

Ohne Nachprüfung der Ursachen der Berufsaufgabe geht aus der Aufgliederung der einzelnen Berufe des vorliegenden Materials hervor, daß in dem betroffenen Personenkreis nur Handwerker, Angestellte und Landwirte von diesem existenzbedrohenden Ereignis zu finden sind. Angehörige geistiger Berufe sind zufällig nicht darin vertreten.

Wenn man bedenkt, daß gerade bei Handwerkern und Landwirten noch eine gewisse traditionsgebundene Verpflichtung zur Nachfolge besteht, wird der qualitative Nachwuchsverlust durch Vertreibung, Diskriminierung und Auswanderung besonders deutlich. Um so erstaunlicher ist es, daß die „Verdrängten Berufe“ trotz dieses Schicksalsschlages überhaupt noch den Kinderdurchschnitt von 2,2 und nach 1945 von 1,8 pro Ehepaar gehalten haben!

5. Onkel-Ehe.

„Man muß ja nicht noch
ein zweites Mal heiraten“ (328).

Unter einer „Onkel-Ehe“ ist eine vaterlose Familie zu verstehen, in der ein Mann ohne die Absicht ehelicher Bindung eine scheinbare Vaterstellung einnimmt, weshalb die Kinder eben nur „Onkel“ sagen können.

Bei der „Onkel-Ehe“, über die genaue Zahlen nicht vorliegen, ist der „Wunsch nach dem Kind“ sehr zurückhaltend. Häufig handelt es sich um Stop-Familien, deren Kinderwunsch gesättigt ist. Die vom Volksmund gewählte treffende Wortfindung der „Onkel-Ehe“ will heute besonders jenen Teil aus dem Personenkreis der Kriegerwitwen bezeichnen, der trotz sich bietender Möglichkeit nicht die Absicht hat, ein legal fixiertes Familienleben zu führen, weil die wirtschaftliche Sicherung durch den Partner mit der berenteten Unabhängigkeit lohnender ist. Durch die 2. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz wurde diese Berentung noch verbessert. Entsprechend dieser Grundhaltung werden zusätzliche Kinder von vornherein als unerwünscht und zufällig zu bewerten sein. Von der männlichen Seite her besteht hier das abstoßende Risiko der Frau mit einem bzw. mehreren Kindern. Offensichtlich ist die Heiratsabfindung der Witwen kein genügend zugkräftiges Lockmittel für den Fall einer erneuten Familiengründung. Auch die Kapitalisierung der Grundrente bei Witwen zum Zwecke eines Wohnungsbaues ist nach meinen bisherigen Beobachtungen nur ein schwacher Anreiz für dieses Ziel. Durch diese Zwitterstellung ist die „Onkel-Ehe“ vielleicht die reizvollste gesellschaftliche Neuschöpfung der Nachkriegszeit, deren Beteiligung am Abort vermutlich nicht unbeträchtlich ist. Eigene Beobachtungen für solche unerwünschten Zufallsgraviditäten sprechen in diesem Sinne. Nicht nur die einheimische Bevölkerung stellt den „Onkel“, sondern zu einem ebenso unübersichtlichen Teil die Besatzung. Die Heiratslust der Kriegerwitwen muß sehr zurückhaltend betrachtet werden. Sie erfüllt wahrscheinlich nicht die Erwartungen.

B) Aus Verantwortungsgefühl.

1. Zu alte Eltern.

„Das kommt dabei heraus,
wenn die Alten noch einmal
verrückt werden“ (73).

Eine nicht geringe Bedeutung kommt der Erreichung der Altersgrenze zu, wobei der „zu alte Ehemann“ überwiegt. Grebe und Windorfer

weisen aber auch auf die noch ungeklärte Bedeutung der zu alten Mutter hin.

„Das wäre doch töricht!“ Das wäre nicht zu verantworten. Wir sind nicht die Jüngsten“ (D 17). In solchen Ehen existieren häufig schon ältere Kinder. Abgesehen von dem größeren Geburtenrisiko kommen Eltern solcher „Zufallskinder“ schon innerhalb der engsten Familie oft in ein peinlich schiefes Licht, aus dem nicht immer ein verwöhntes „Nesthäkchen“ hervorgeht, das mit Humor in die Familie aufgenommen wird! Solche unerwünschten Kinder verdanken ihre Existenz fast ausnahmslos der trügerischen Sicherheit des weiblichen „Praeklimakteriums“, das oft noch zusätzlich durch körperliche Formveränderungen verdeckt wird. Derart enttäuschte Frauen sind keine Seltenheit und gehören zu den konstanten Beobachtungen einer gynäkologischen Sprechstunde. Auch am Abort sind sie erheblich beteiligt (s. u. a. Harmsen).

2. Gesundheitliche Gründe der Eltern und des Kindes.

Neben Krankheiten der Mutter, weniger des Vaters, schweren oder regelwidrigen Geburten (u. a. Sectio caes.), Furcht vor erneutem Zwillingsegen bei entsprechend belasteten Familien spielen eine Rolle bei der Begrenzung der Familie, auch das chronisch kranke Kind und das unheilbare Kind, die Mißgeburt (275).

Die Häufung von Mißgeburten nach dem 2. Weltkrieg scheint sich immer umfassender zu bestätigen. Dabei ist die Mutmaßung einer möglichen Keimschädigung durch Verhütungsmittel (Windorfer und Grebe) bedeutsam, die durch das amerikanische Experiment der oralen Einnahme nur noch deutlicher werden wird. Die Anticonzipientia stehen aus verständlichen Gründen nicht nur im Ruf der Unfehlbarkeit, sondern auch der völligen Unschädlichkeit.

3. Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft.

„Unerwünscht wegen eingereichter Scheidung“ (125) gehört gleichfalls in die Reihe familienzerstörender Kräfte, die in erschreckendem Umfang auf dem Rücken der Kinder der Nachkriegszeit und der kriegsgeborenen Jugend ausgetragen werden. Endresultat ist in jedem Falle das „biologisch und psychologisch entwurzelte Kind“, wie es Villinger auf der 6. Jahrestagung der Weltföderation für seelische Gesundheit herausgestellt hat. Nach dem Ausweis der Statistik ist die Zahl der Ehescheidungen trotz erfreulichen Rückganges immer noch sehr hoch! Diese Vorgänge haben in solchem Umfange nur eine historische Parallele in Rußland nach der Oktoberrevolution. Das Absinken der Ehescheidungen seit 1948, die besonders Ehen von Heimkehrern aus der Gefangenschaft belasten, geht aber auch parallel mit einem Nachlassen der Ehefreudigkeit. Gerade bei einem größeren Zahlenmaterial zeigt sich, daß ein Kind doch eine wesentliche Kittsubstanz bedeutet, sonst lägen im hessischen Landesdurchschnitt nicht die Ehescheidungen Kinderloser an der Spitze.

Die Tendenz zur kleinen Familie

wird häufig ausgesprochen:

„Wirtschaftlich und politisch verantwortungslos, mehr Kinder in die Welt zu setzen“ (1-Kind-Ehe, 187). „Menschenwürdiges Leben und Erziehung nicht mehr gewährleistet“ (155). „Mit zwei Kindern genug Verantwortung und Pflichten. Erfahrungen in unserer Jugend sind ungünstig“. „Man will seinen Kindern auch etwas bieten“.

Die Redewendung „Familie groß genug“ oder „genügt“ ist deshalb nicht zu verwerten, weil sie in Abhängigkeit von den Lebensansprüchen und der sozialen Grenzen von der 1-Kind- bis zur 6-Kind-Familie hinüberreicht.

Häufig wird der Wunsch nach Begrenzung auf die 2-Kind-Familie ausgesprochen. „2 Kinder reichen für unsere Verhältnisse“, „Der heutigen Zeit entsprechend“. „Für meine wirtschaftlichen Verhältnisse sind 2 Kinder ausreichend“. „Ich will keine kinderreiche Familie, weil mehr finanzielle Sorgen“ (158), „Für 2 kann ich schaffen und meine Frau sie erziehen, mehr aber nicht“ (317), „In diesen ungewissen Zeiten genügt ein Kind vollständig“ (274).

Es ist dann ein gerader Weg zur bewußten 1-Kind-Familie („am liebsten gar keine mehr“) und zur Kinderlosigkeit, die ihren krassesten Ausdruck in der nicht selten hörbaren Form findet: „Warum? Kinder sind für die Dummen!“;

Die „Gefahren“ einer „Einkindfamilie“ sind sicherlich nicht allen Eltern bewußt.

Diese für die „bloße Erhaltung der Volkssubstanz“ lebensbedrohliche Entwicklung zeigt auch Burgdörfer auf, der anhand der bayerischen Familienstatistik darlegt, daß sich der Anteil der

Ehen mit	von 1939	auf 1950
0 Kindern	„ 19,2 0/0	„ 24,9 0/0
1 Kind	„ 22,8 0/0	„ 24,9 0/0
2 Kindern	„ 19,5 0/0	„ 21,6 0/0

erhöht hat,

dagegen der der Ehen mit	1939	1950
3 Kindern	von 12,5 0/0	auf 12,3 0/0
4 Kindern	„ 8,3 0/0	„ 6,7 0/0
5 und mehr Kindern	„ 17,7 0/0	„ 9,6 0/0

gesenkt hat.

(„Bayern in Zahlen“ 1952, Nr. 6)

D. h., die 0-Kind-Ehen zeigen in diesem Zeitraum die prozentual höchste Zunahme, nämlich 5,7 0/0 und befinden sich 1950 in gleicher Höhe mit den 1-Kind-Ehen! Und von der 3-Kind-Ehe an beginnt — in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Material — eine konstante Abnahme der Kinderzahl, am stärksten vom 5. Kind an mit 8,1 0/0!

In diesem Zusammenhang wird auch das Resultat einer Befragung des Instituts für Demoskopie in Allensbach am Bodensee 1950 erwähnt, aus der hervorgeht, daß Hessen in der Kinderlosigkeit unter den ersten 3 und in den 4- und Mehrkind-Familien unter den letzten 3 Bundesstaaten rangiert.

Offenbar ergibt sich auch aus größerem Zahlenmaterial, daß sich die Abnahme der Geburtenfreudigkeit in der Bundesrepublik über konfessionelle und politische Bindungen hinwegsetzt.

Der Ausspruch einer sterilisierten Mutter: „Man lebt doch immer in Sorge und Gefahr“ (85) dürfte kaum Widerspruch finden. Er reflektiert die seelische Erleichterung nach aufgehobener Fruchtbarkeit. Die Freude nach Überwindung dieser Gefahr kam auch bei einer nach dem 3. Partus sterilisierten Mutter zum Ausdruck, die mir auf die Frage nach weiterem Nachwuchs lachend entgegnete: „Nichts mehr! Alles abgebunden!“

Dem Unfug der freiwilligen Sterilisation kommt in der Bundesrepublik keine Bedeutung zu.

C) Aus Lebensgenuß.

„Nicht für Kinder, obwohl keine wirtschaftliche Notlage vorliegt“ (156).
„Mehr Selbstvergnügen“.

Parallel mit der Daseinsangst läuft eine „endogene“ Begründungsreihe, die nicht nur als Reaktion auf die jahrelange Entbehrung und Verarmung durch die Entwertung der Währung aufzufassen ist, sondern auch als Folge der schwankenden Sicherheit wirtschaftlicher, kultureller und ethischer Werte der Nachkriegszeit im Angesicht einer immer gegenwärtigen Gefahr: Die Betonung des Materiellen, das Von-der-Hand-in-den-Mund-leben, das Verlangen nach dem Nächsterreichbaren, den kleinen und großen Freuden des Diesseits, kurz ein erhöhter Lebensgenuß in seinen vielfachen Spielarten, der nicht ohne negative Rückwirkungen auf den „Wunsch nach dem Kinde“ sein kann und die geistige Haltlosigkeit andeutet: „Für die heutige Zeit groß genug“. „Was haben wir schon vom Leben“? „Wofür“? „Unverantwortlich“. „Wollten endlich an uns denken“. „Zu anstrengend“. „Will etwas vom Leben haben und für persönliche Bequemlichkeit sorgen“ (76). „Weil ein Kind stark bindet“ (89). „Etwas soll uns das Leben ja auch noch bieten“ (139). „Wir haben einfach keine Lust mehr zu einem weiteren Kinde“. „In der augenblicklichen Lage: Nein!“ „Mehr wäre sinnlos“. „Ohne ein Glas Bier zum Sonntag, monatlich einmal Kino und ein Päckchen Tabak ist das Leben freudlos“ (170). „Wir möchten nur wieder mal etwas anschaffen, vielleicht auch reisen, was jetzt nicht möglich ist“. „Wir haben bisher nur geopfert und verzichtet. Das ist ja kein Leben. Wir wollen auch einmal wieder aufatmen“. „Es reicht, es gibt zu geringes Kindergeld“. „Ich will auch mal etwas vom Leben haben“. „Wir wollen mal verschnaufen. Wir sind nicht nur für Kinder da“. „Man sollte vom Leben etwas mehr haben, als nur Kinder aufzuziehen“.

Es gibt auch eine bedeutende Gruppe, die gar nicht daran denkt, an Verpflegung einzusparen. Sie ist am stärksten unter den Hilfsarbeitern und Facharbeitern vertreten. Ihre Antworten sind eine anschauliche Ergänzung der modernen Lebenshaltung: „Wir haben lange genug gespart“. „Das wäre das Letzte“. „Es ist alles so ungewiß“. „Wozu sparen?“ „Wir wollen uns wenigstens Verpflegung gönnen“. „Wir sparen nicht mehr, die Zeiten sind vorbei“. „Wir gönnen uns alles“.

Nur 2 geben schlicht und ehrlich zu: „Nicht gewollt“ und versuchen nicht, andere Motive anzuführen. —

Diese „Zerbrochene geistige Ordnung“ — wie es eine Hamburger Anwältin ausgedrückt hat — wirkt sich außerordentlich nachteilig auf den „Wunsch nach dem Kinde“ aus. Vielleicht ist diese Erscheinung des „Heillosen“ unserer Gegenwart nur ein Durchgangsstadium auf dem Wege der Sehnsucht nach etwas Höherem, woran es sich zu glauben lohnt.

D) Das Verzagen.

„Alles so unzuverlässig. Wer
weiß denn, was morgen kommt?“

„Politische Lage Europas und Deutschlands aussichtslos und abgetan“.

Mit den wirtschaftlichen Bedenken sind politische häufig untrennbar verquickt. Man wird dieser Verbindung auch andernorts sehr oft begegnen. Und hier beginnt sich der Faktor der Unsicherheit und des Mißtrauens in die Zeit wie ein roter Faden durch die Antworten zu schlingen, wobei die Furcht vor einem neuen Krieg nur das immer mögliche, lauernde Extrem bedeutet. Auch die Forderung nach einem gesicherten Arbeitsplatz spielt eine wichtige, aber untergeordnete Rolle. Dadurch haben die im Grunde unwandelbaren Elternsorgen einen ganz besonderen Akzent erhalten! „Zu schwere Zeiten“ spricht das zunächst noch sehr unbestimmt aus. Deutlicher aber: „Wie sieht es denn heute aus? Es kann einem ja Angst werden!“ „Existenz für die Kinder muß gesichert sein“. „Zu unsichere wirtschaftliche und politische Zukunft“ drückt das Gefühl des Gleitens und Wiederverlierens aus. „Ein möglicher Krieg nimmt sie uns wieder weg“. „Was steht denn den Kindern für eine Zukunft jetzt bevor?“ „Auf keinen Fall. Es sind schlechte Zeiten. Und die Zukunft sieht noch schlechter aus!“ (244). „Weltlage dafür nicht geeignet!“ „Zu ungewisse Zeiten“. „Der Konflikt zwischen Ost und West ist noch nicht entschieden“. „Hier nicht, Zukunft zu unsicher, Russen zu nahe“. „Nein, wozu? In diesen ungewissen Zeiten genügt 1 Kind vollständig“ (274). „Politisch zu unzuverlässige Zeit, in die ja die Jugend hineinwächst“. „Die große Familie kommt in Bedrängnis“ (D 1). „Vorläufig nicht“. „Später“. „Aber nicht jetzt“. „Wenn man vorsichtshalber in die Zukunft schauen könnte“. „Wenn die Zeiten sich bessern“. „Bei gleichzeitig gesicherter Zukunft“. „Kriegsangst“. „Politische Unsicherheit“.

Unter diesen Antworten muß die Meinung eines Bibelforschers besonders erwähnt werden, weil sie die biologische und damit auch die

politische Gefahr dieser Sekte aufzeigt: „Zwecklos! Untergang der Menschheit“. „Nach meinem Glauben nein, weil die Menschheit sowieso in absehbarer Zeit untergeht, das hat keinen Zweck mehr“ (D 47).

In der Erkenntnis, daß eine kinderreiche Familie der immer gegenwärtigen Bedrohung weit größere Angriffspunkte bietet und die Möglichkeit des Schutzes vermindert, reift und verwirklicht sich der Entschluß zur Beschränkung. Die Massenaustreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten hat diese These noch unterstrichen. Es wird geraume Zeit dauern, bis sich ein derartiges Erlebnis als Erinnerung verflüchtigt.

Die wenigen strikt ablehnenden Begründungen im Hinblick auf die Notwendigkeit von völkischem Nachwuchs, die den politischen Pessimismus bis zur Selbstaufgabe als Ausdruck tiefster nationaler Depression in allen Schattierungen kennzeichnet, lauten: „Genügend da“. „Jetzt schon zu groß“. „Situation ist verfahren“. „Zur Zeit wegen Übervölkerung nicht“. „Weil sie dem Kapital doch als Kanonenfutter dienen“ (197). „Keine Kinder, wenn sie einmal Soldaten werden müßten“. „Zum Totschießenlassen nicht“. „In der augenblicklichen Übervölkerung nicht“. „Auch für den Arbeiter ist es nicht gut, viel Kinder zu haben. Dann kann er sich überhaupt nichts mehr leisten“ (D 29). „Nur der Arbeiter soll Nachwuchs bringen, der es am schlechtesten kann“ (185). „Jetzt nicht, erst gesunde politische und wirtschaftliche Grundlage schaffen“ (D 60).

Die Dunlop-Reihe ist an der Verneinung weiteren Wachstums für unser Volk gegenüber der Allgemein-Reihe nicht wesentlich stärker beteiligt. In staatspolitischer und staatsbürgerlicher Hinsicht wird der „Wunsch nach dem Kinde“ also im Grunde bejaht, allerdings unter zahlreichen Vorbehalten.

Die Sorge um die Existenz des Einzelnen umschließt hier die erweiterte Einheit der Familie nicht mehr als Furcht eines resignierenden Pessimismus der Existenzialisten vom Typ Sartre, Jaspers u. a. m., sondern als notwendige Folgerung aus dem Wissen um eine reelle Gefahr, die überwiegend aus der gegenwärtigen Nähe des östlichen Nachbarn fortlaufend unterhalten und teilweise aus den „bedrängenden Lebenserfahrungen“ (Bollnow) des letzten Jahrzehnts genährt wird. Die aus der Daseinsbedrohung resultierende Seinsinsuffizienz — ein wesentlicher Markstein in der geistigen Situation der Gegenwart — weckt aber schon im Individuum die Kraft zur Abwehr und trägt in sich bereits den Keim zu ihrer Überwindung. Wer sich ihr endgültig verschreibt, wird im Lebenskampf erdrückt.

In welchem Umfang der Faktor der Bedeutung der unsicheren Zukunft und des tief eingefressenen Mißtrauens in Wirklichkeit vorhanden ist, läßt sich mit Sicherheit gar nicht feststellen. Es bestand aber der Eindruck, daß er häufiger anzutreffen war, als er hier spontan zum Ausdruck kam.

Mir scheint, als müßte die Frage: Weshalb gerade jetzt wenig oder keine Kinder? von dieser alles überschattenden Argumentation her beantwortet werden!

Durch das kometartige Auftreten der Atombombe hat diese Zeitkrankheit einen unerhörten Auftrieb erhalten und weiter an Gewicht gewonnen. Der Abwehr dieses neuen Gespenstes steht die Menschheit bis-

her noch fassungslos gegenüber. In den brodelnden Topf der Angst und Verzweiflung, des Mißtrauens und gegenseitigen Hasses warf es noch die Gewürzkörner der Vernichtung und des Todes. Wie hoch sind angesichts dieser Unabänderlichkeiten alle Ehegatten einzuschätzen, die sich unbeirrt den Glauben an das Wunder der Menschwerdung durch ihr stolzes Bekenntnis zu einem gewollten Kind bewahrt haben. Ein überzeugenderes Zeichen von „Schicksalsfreudigkeit“ (Dr. Hammer) ist m. E. nicht denkbar!

Die Kleinhaltung der modernen Familie, die durch die Mittel der Verhütung und Interruptio erreicht wird, muß als eine der möglichen Abwehrreaktionen aufgefaßt werden, die wegen ihrer vitalen Bedeutung von der politischen Führung unseres Staatswesens nicht unbeachtet bleiben kann. Mit der nun erreichten „tiefen Geborgenheit“ (Bollnow), der größeren Widerstandskraft gegenüber allen Angriffen der Außenwelt wächst das „Seinsvertrauen“ in unsere Zeit. Die natürliche Gegebenheit, dieses Sicherheitsbedürfnis zu verwirklichen, aus der Schwäche der Isolation, der „Kontaktlosigkeit“ herauszukommen, ist die Hand des Bruders. „Vereint ist auch der Schwache mächtig“. Nur auf dem dornenvollen Weg der „tätigen Anstrengung“, der ununterbrochenen Werbung um den Nächsten, scheint das Nahziel der neuen Volkwerdung erreichbar, mit dem auch eine übergeordnete europäische Gemeinschaft aufgebaut werden kann, der die Sorgen des Einzelnen wie besonders der Familie zu übertragen wären. Ist diese Entwicklung schon beschritten? Wirkt sie sich schon aus? Es darf nicht Wunder nehmen, wenn der „Wunsch nach dem Kinde“ schwerer beweglich ist! Doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß er sich mit zunehmender Neutralisierung der Bedrohung wieder im positiven Sinn bewegen wird. Vielleicht verdienen die Neugeborenen dieser Epoche wirklich das Prädikat: „Kinder des Vertrauens“, das die Kinder der letzten Kriegsjahre tragen sollten. Das scheint mir der wertvollste Weg zur Überwindung der existentialen Vertrauenskrise zu sein, von dem auch eine Änderung des Lebensgefühls zu erwarten ist.

Die immer weitergreifende Erfüllung sozialer Belange innerhalb des allgemeinen wirtschaftlichen Aufstiegs, die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die steigende Tendenz der Spareinlagen und Reisen, der stetig vorangetriebene Wohnungsbau dürfen wohl als positive Symptome der langsamen Wiedergewinnung einer neuen Geborgenheit gewertet werden, die an dem „Wunsch nach dem Kinde“ sicher nicht spurlos — wenn auch mit Zurückhaltung — vorübergehen werden.

Als eine tatkräftige Äußerung zur Überwindung dieser Lebensverzagttheit ist auch die bevorzugte Wahl des Eigenheims zu nennen, die sich nicht nur aus Gründen besserer Wirtschaftlichkeit, gesicherter Häuslichkeit und Ausdehnungsmöglichkeit erklärt, sondern seinen Bewohnern eben gerade das Gefühl der widerstandsfähigen „Burg“ und der in ihr zu findenden Geborgenheit vermittelt: „Eigentum ist Eigentum“ als Kompensation gegen das „Fließende, Ungewisse der Zeit“.

Ablehnung und soziale Schichtung. *)

Art der Beschäftigung	Zahl der Eltern-Paare	Genüß-sucht	Ver-zagen	für Klein-familie	wirt-schaftl. Not	Wohn-ver-hält-nisse	mit-arbei-tende Mutter	zu alte Eltern	Ge-sund-heit	Schei-dung	bedin-gungs-los
Ungelernte Arbeiter	74	8	37	18	38	14	5	8	15	2	40
Facharbeiter Handwerker	162	16	67	62	78	28	4	11	16	2	71
Angestellte Untere und mittlere Beamte Soldaten	100	18	45	33	46	10	2	17	14	—	51
Bauern	24	—	15	1	6	5	—	3	—	—	8
Inhaber selbständ. Handwerksbetriebe	10	2	2	3	13	4	1	1	2	—	6
Akademiker **)	15	3	9	5	11	2	1	4	8	—	11
Insgesamt	385	47	175	122	192	63	13	44	53	4	187

*) drei Unterstützungsempfänger werden in dieser Tabelle nicht mitgeführt.

**) darunter ein Künstler.

Ablehnung und soziale Schichtung

Unter den primitiven Begründungen für das Zufallskind fällt auf, daß Hilflosigkeit am meisten ungelernete Arbeiter und Handwerker belastet, wogegen der Leichtsinn aller Schattierungen gerecht über alle Berufe verteilt zu sein scheint, bei näherem Zusehen aber doch ungelernete Arbeiter, Facharbeiter, Handwerker und Angestellte bevorzugt.

Die Tendenz zur Kleinfamilie kommt nicht umfassend zum Ausdruck, weil nur die deutlich sich hierfür aussprechenden Antworten tabellarisch erfaßt sind. Sie ist in Wirklichkeit viel ausgedehnter und oft mehr zwischen den Zeilen zu finden. Wirtschaftliche Not und unzureichende Wohnverhältnisse stehen bei den Hinderungsgründen aus Verantwortungsgefühl zwar weit im Vordergrund, weil ausdrücklich nach ihnen gefragt wurde. Man findet sie aber häufig kombiniert mit dem Motiv des Verzagens, das aus überall verstreut auftretenden Spontanantworten festgehalten ist. Es würde auf Befragen wohl bei keiner Familie fehlen. Oft liegt es versteckter, drängt sich nicht immer so deutlich in den Vordergrund, wie etwa ein schlechter Verdienst oder eine zu kleine Wohnung. Man wird nicht fehlgehen, wenn man ihm in der Verneinung eine bedeutende Rolle einräumt.

Die mitarbeitende Mutter kommt gleichfalls in der Tabelle nicht wie in der Wirklichkeit zur Geltung, wo sie über viele Jahre ihrer besten Jugend die Existenz der Familie sichern helfen muß. Auch der verdrängte Beruf (in der Tabelle unter „wirtschaftliche Not“ angeführt) bleibt aus dem gleichen Grunde etwas unscheinbar. Dagegen werden Bedenken im Hinblick auf das Alter der Eltern sowie auf die Gesundheit der Eltern und Kinder relativ zahlreich und berechtigt ausgesprochen. Elterliche Trennung mit dem Ziel der Scheidung bedeutet zumindest ein vorübergehendes Nein, da bei Wiederverheiratung nicht selten noch weiterer Nachwuchs zu verzeichnen ist.

Auf Genußsucht hinweisende Motive sind offenbar kein Vorrecht überdurchschnittlich gut situierter Bevölkerungskreise, sondern überall zu finden, ein Zeichen dafür, daß diese Gesinnungstendenz alle sozialen Schichten ergriffen hat.

KAPITEL III

Das Zufallskind.

„Schlechte Zeiten“!

„Nicht aufgepaßt“!

Wenn man den Zufallsbegründungen nachgeht, so fällt zunächst auf, daß man „Zufall“ nicht ohne weiteres „ungewollt“ gleichsetzen darf, doch eine säuberliche Trennung vielfach nicht möglich ist. In der überwiegenden Zahl der Fälle war das betreffende Kind aus wirtschaftlichen, finanziellen, wohnlichen u. a. Gründen einfach nicht „zeitgemäß“, d. h. zu diesem Zeitpunkt nicht erwünscht, jedenfalls das Produkt der Unfähigkeit vorzubeugen.

a) Aus Hilflosigkeit.

Die Begründungen für diese „Verkehrsunfälle“ sind oft durch ihre sich entschuldigende Hilflosigkeit gekennzeichnet, welche jede Schuld nach Möglichkeit nicht in sich selbst sucht und damit einen typischen Grad an Primitivität erreicht: 72 klagen die „schlechten Zeiten“ an!

„Was soll man machen, wenn sie kommen“ (17) ist eine häufige (12 Fälle) und in Variationen auch in anderem Zusammenhang auftretende Antwort. Diese duldende, passive Wehrlosigkeit findet ihre Steigerung in der verzweifelnden Feststellung: „Es ist furchtbar“! In diesen Fällen war es das 6. bzw. 7. Kind.

„Das Kind ist uns jetzt schwer im Wege“ (112) sagt genug und zeigt, daß ein Kind oft zu einem gefährlichen Faktor werden kann, besonders bei „zu dichter Geburtenfolge“ (5 Fälle).

Eine kleine Anzahl von Antworten fällt dadurch auf, daß die Ehegatten keineswegs das Kind aktiv bejahen, doch sich z. Teil nicht helfen wollen und andererseits nicht so sehr auf eine immer erfolgreiche Verhütung bauen, sondern auch „Mißerfolge“ ergeben in Kauf nehmen, ohne sie beiseitigen zu wollen und sie mit verbrämenden Redensarten entschuldigen, in denen eine fast kindliche, gläubige Primitivität zum Ausdruck kommt. Das dabei herangezogene südmährische Sprichwort: „Schenkt der Herr das Hasl, gibt er auch das Grasl“ oder „Wie's kommt, wird's genommen“ (137) kennzeichnet sehr gut diese passive Ergebenheit dem Schicksal gegenüber und klingt wegen seines Seltenheitswertes wie aus vergangenen Zeiten. Die Folge wird zeigen, wie eine entgegengesetzte Einstellung immer mehr an Boden gewinnt. Oder es heißt: „Es war aber da, und wir mußten es nehmen“. „Sie kommen halt“ (291). „Aber ob wir es immer verhindern können, ist eine andere Frage!“ (301). „Was soll man tun, wenn die Kinder eben kommen? Unternehmen tun wir nichts“ (60). Vielleicht hat der Schalk

recht, der meint: „Man kann es nicht verreden“ (63), weil er die menschliche Unzulänglichkeit auch innerhalb des sichersten Ehelebens gebührend in Rechnung stellt.

b) Aus Leichtsinns.

Natürlich schillern auch die Früchte des Leichtsinns — manchmal vermischt mit einem Schuß Aberglauben — in allen Farben: 15 geben zu, „unachtsam“ gewesen zu sein. 1 Kindesvater hatte „nicht aufgepaßt“, eine Schwängerung erfolgte „während der Kirmes“. Auch die „leichte Empfänglichkeit“ wird erwähnt, die im Volksmund besonders in Bezug auf rotblonde Frauen, die in Hessen „leicht verfangen“ sollen, nicht aussterben will. Eine Mutter wird vom Schicksal zu den schon vorhandenen 2 Kindern gleich mit Zwillingen gesegnet (177). Auch die sog. „Spät- oder Nachkömmlinge“ (117) gehören hierher, die nach vieljährig sterilen Ehen (56, 296) oder bei schon vorhandenen, fast erwachsenen Kindern plötzlich wie aus heiterem Himmel auftauchen und die Eltern oft in ein merkwürdiges Zwielicht stellen.

c) Die Wohnungsnot.

Die Wohnungsnot in der Bundesrepublik, das „Hausenmüssen“ in einem Raum mit dem zwangsmäßigen Schlaf zu mehreren in einem Bett kommt der Entstehung des unerwünschten Zufallskindes sicherlich entgegen. „Aber das verfluchte enge Zusammenwohnen ist schuld“ (D 50).

„Es sollte erst noch für den Hausstand geschafft werden“ und „Folge der engen Wohnung“ sind für die Gegenwart typische Antworten, die zeigen, wie weit wir uns z. T. von den soliden Anschauungen des 19. Jahrhunderts entfernt haben. Die vernünftigen Voraussetzungen für eine Familiengründung werden auf den Kopf gestellt: Das Kind ist zuerst da!

d) Urlaubskind und Kind nach der Gefangenschaft.

Solange es Soldaten oder militärähnliche Organisationen gibt, wird auch das „Urlaubskind“ nicht wegfallen und das „Kind nach der Gefangenschaft“ (6 Fälle, siehe 170), das die „Nachholungsperiode“ kennzeichnet und überwiegend ein Zufallskind ist.

e) Die Besatzung.

Auch die Besatzung ist hinsichtlich der Familiengründung ein nicht zu übersehender Faktor. Überwiegend der primitive Teil der Bevölkerung wird bevorzugt, wodurch sich der biologische Wert dieses Nachwuchses von selbst bestimmt. Wie sieht es hier mit dem „Wunsch nach dem Kinde“ aus? Nur zu einem verschwindend kleinen Teil erfolgt er zum Zwecke einer späteren Familiengründung mit nachfolgender Verhehelichung. Der häufiger beschrittene Weg ist jedoch der der Scheinehe, an dem sich auch die farbigen Truppen mit steigendem Erfolg beteiligen. Die Gesamtzahl der Besatzungskinder bewegt sich im Bundesgebiet bereits auf 100 000, die Zahl der Mischlingskinder auf 5 000 zu. Mischlinge sind heute in Stadt und Dorf anzutreffen und seit der Besetzung des Rheinlandes 1919 zu einer Tradition geworden.

Ist das noch bloßer Zufall? Gab es keine andere Lösung? Jene Mischlinge, deren Schicksal eine starke Ähnlichkeit mit dem der Kinder verschiedener Ehen aufweist, sind also nicht nur in familiärer Hinsicht benachteiligt, sondern bilden infolge noch fehlender Unterhaltspflicht eine beachtliche Belastung für den deutschen Steuerzahler bzw. den Gesamthaushalt. Es ist ganz auffallend, wie man diesem Problem von alliierter wie von deutscher Seite aus dem Wege geht.

f) Das Kind in der Brautzeit

oder die „Schwangerschaft am Traualtar“ beansprucht mit 26 Fällen besondere Beachtung. Diese Tatsache hat sich in steigendem Umfange in der Bundesrepublik eingebürgert und erfaßt alle Bevölkerungskreise. Sie scheint immer weniger ein Stein des Anstoßes zu sein, vielleicht nicht ohne die Hilfe der gesetzlichen Gleichberechtigung und die stille Duldung von Verlöbnissen „eheähnlichen Charakters“. Bis auf Ausnahmen handelt es sich um Zufallskinder. Hier müssen auch die „minderjährigen Ehestandsbewerber“ erwähnt werden. Man darf sie nur z. T. als Nachkriegssymptom in einem Land mit verlorenem Krieg werten, das durch die Besatzungsmächte zusätzlich unterhalten wird. Hanau ist — den laufenden Polizeiberichten zufolge — in dieser Hinsicht sehr aktiv.

Nach dem Ausweis des Statistischen Bundesamtes zeigt die Kurve der unehelich Lebendgeborenen 1946 ihr Maximum und seitdem nach einem unbedeutenden Anstieg 1950 eine langsame Abwärts-Bewegung.

Welchen Grad von Entschiedenheit diese Ablehnung von „Zufallskindern“ annehmen kann, deuten manche Antworten mitunter an: „Um Gottes willen! Es darf kein Kind mehr kommen. Das halte ich nicht durch. Und wenn es doch passiert, lasse ich es beseitigen“ (D 20). „Das darf nicht sein. Und in diesem Elend“ (262). „Auf keinen Fall“. „Endgültig nein“. „Wir sind sehr unglücklich. Ich werde das 4. Kind nicht austragen“ (326). Die praktische Ausführung konnte ich selbst genügend bestätigt finden. Daß man später die gleiche Mutter gelegentlich bei einer normalen Entbindung in einer Klinik oder einem Krankenhaus wiederfindet, ändert nichts an der Gültigkeit dieser Einstellung! Die Sein-gefährdende Verzweiflung kann sich in zwei Richtungen auswirken, einmal wie oben, in resignierendem Hinnehmen, zum anderen aber in einer radikalen, unwiderruflichen Entschlossenheit zur Beseitigung der Frucht, wie sie im Fall D 50 zum Ausdruck kommt. Und die Abtreibung wird auf irgendeinem Wege verwirklicht, wie die tagtägliche Beobachtung immer wieder von neuem zeigt.

Dieses in der Bundesrepublik mit am leidenschaftlichsten diskutierte Problem unterliegt in dem weltanschaulichen Kampf der Gegenwart wahrscheinlich noch manchen Änderungen. Doch ist es sehr fraglich, ob eine Erweiterung des Gesetzes durch neue Indikationen zur Interruptio — wie sie einige nordische Staaten dem Volkswillen entsprechend seit einigen Jahren durchführen — auf dem Wege zur Eindämmung der illegalen Schwangerschaftsunterbrechung weiterführt.

Nach Naujoks wird die medizinische Indikation zur Interruptio in der Bundesrepublik eher noch eingeschränkt.

Aus den Befragungen geht weiter hervor, daß der strafende Gesetzesparagraph 218 nicht den erzieherischen Wert hat, den man sich vielleicht von ihm versprach. Ist der Weg der rückhaltlosen Aufklärung z. B. der katholischen Kirche geeignet, mitunter wesentlich nachhaltiger zu wirken? „Abtreibung ist Todsünde“ (90) oder: „Im Brautunterricht hörte ich: Gott schenkt die Kinder, Gott nimmt die Kinder. Man soll nicht abtreiben!“ (77). Gerade der Brautunterricht ist eine geschickt ausgewählte Zeit, auf junge Menschen Einfluß zu nehmen. Ein Blick in ein Brautexamens-Protokoll zeigt, daß Vorbehalte gegen Kindersegen ein kirchliches Eehindernis bedeuten. Welches erzieherische Gegengewicht hat der Staat auf diesem Gebiete aufzuweisen? Hat er sich die Initiative völlig aus der Hand nehmen lassen? Auch in anderem Zusammenhang kommen diese „staatlichen Schwächen“ zur Sprache.

g) Auch die Zufallskinder braucht der Staat.

Mit dieser Feststellung, die zugleich die Grenzen jeder „Wunschkind“-Propaganda aufzeigt, wird nahezu ihre staats- und volkserhaltende Bedeutung unterstrichen.

Wie werden die Folgen eines Fortfalls der Zufallskinder beurteilt?

Wenn man in Rechnung stellt, daß dieser Punkt von der Mehrzahl der Befragten unberührt blieb, so zeigen die gegebenen Antworten doch, daß das Problem des „Zufallskindes“ zum Gegenstand einer lebendigen Diskussion geworden ist:

- a) In der Mehrzahl der dazu stellungnehmenden, unverbindlichen Antworten (52 Fälle) wird ein Wegfall als „unwahrscheinlich und illusorisch“ bezeichnet. Sie „wird es immer geben“, sie seien „unvermeidlich“.
- b) Die Antworten „ungünstig“ und „bedenklich“ ahnen wohl Nachteile, ohne sich festzulegen. Im besonderen prophezeien sie aber einen damit verbundenen, unvermeidlichen „Geburtenrückgang“ mit allen sozialen und volkswirtschaftlichen Folgen, aber auch — bei einem Seitenblick auf Frankreich — eine außenpolitische Schwächung der Bundesrepublik (214, 261, 264, 273).
- c) Die Meinungen „günstig“ versprechen sich durch die Rückwirkungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und damit auch auf bestimmte Berufszweige eine Verbesserung ihrer persönlichen Lage und der Zukunftsaussichten ihrer Kinder.
- d) Das „Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber“ (299) würde wachsen. „Es wird weniger Kinder geben, aber die Eltern werden pflichtbewußter werden“ (212). „Zufallskinder lehnen wir ab“ (321).
- e) Aktive Verhinderung ist als entschiedene Absage nur die letzte Konsequenz dieser Willensrichtung. Antworten wie: „Fortfallen werden sie nie, aber man kann sie eindämmen“ oder „Besser vermeiden“ sind nur

abgeschwächt und treffen am besten ins Schwarze der augenblicklichen Situation.

	Zahl der Elternpaare	Zahl der Kinder	Absicht	Zufall
Allgemein-Reihe	324	473	252 = 53,30%	221 = 46,70%
Dunlop-Reihe	61	88	63 = 71,50%	25 = 28,50%
Insgesamt:	385	561	315 = 56,10%	246 = 43,90%

Beim zahlenmäßigen Vergleich der „Wunsch Kinder“ mit den „Zufallskindern“ fällt zunächst die fast paritätische Beteiligung der „Zufallskinder“ in der Allgemeinreihe auf, die in der Dunlopreihe noch nicht 30 % erreichen.

Das „Wunschkind“ spielt bei ihr offenbar die überlegene Rolle und bestätigt viel intensiver die Tendenz zur Beschränkung. Entsprechende Untersuchungen in Großbetrieben werden angeregt.

Das „Wunschkind“ als Produkt einer gewollten und zeitgemäßen Zeugung trifft in psychischer materieller und wohnlicher Hinsicht auf den vorbereiteten Boden des wartenden Nestes, was sich für die spätere Entwicklung des Kindes in jedem Falle günstig auswirkt. Es ist getragen von einer verantwortungsbewußten Elternschaft, die ihre allgemeine Propagierung nicht zuletzt aus den Erfahrungen mit den „Zufallskindern“ herleitet. Dieser unschätzbare Vorteil fehlt dem Zufallskind zunächst oft vollkommen. Der innere Widerstand, die seelische Abwehr gegen das ungewollte „factum novum“ der bewußt werdenden Schwangerschaft wird — sofern sie nicht zur Interruptio führt — manchmal schon während der Gravidität beim Auftreten der ersten Kindesbewegungen für immer gebrochen! Mit der Entwicklung der mächtigen Mutterinstinkte rückt das noch Ungeborene immer mehr in die Sphäre der Lebensspenderin und damit auch in ihre Sorgspflicht, mitunter aber erst lange Zeit post partum, gelegentlich auch nie. Von diesem Schicksal der menschlichen „Panne“ (49) werden besonders jene unehelichen Kinder betroffen, bei denen die angestrebte Familienbildung nicht gelingt.

Es hat oft den Anschein, als würden solche Eltern für ihre „Fahrlässigkeit“, ihre „kleine Dummheit“ oder ihren „Fehltritt“, um in der Sprache der Moralisten zu sprechen, auch ohne Gesetz genügend gestraft. Die Reue schimmert in solchen Begründungen allzu deutlich hindurch. Bei näherem Zusehen wirken „Zufallskinder“ nicht nur shocking in dem sich stetig erweiternden Mitwisserkreis, sondern verursachen doch häufig ein mehr oder weniger großes meist vorübergehendes wirtschaftliches „Erdbeben“, wobei es in einzelnen Fällen durch Ausfall der mitverdienenden Mutter gewordenen Braut oder Ehefrau zur Existenzbedrohung kommt.

Und hier begegnet man der hilfreichen Rolle der Großeltern, die dann oft das Zünglein an der Waage bilden (D 53) und eine familienfördernde Funktion ausüben, die nicht nur in der manchmal jahrelangen

Wartung des Kindes besteht, sondern häufig in einer bis zur Entsagung reichenden materiellen und finanziellen Unterstützung durch Pensionen, Renten, persönliche Hilfe usw.. Hier kann man fragen: was wären die Kinder ohne ihre Großeltern? Diese familiäre Sippenhilfe mag zu einem Teil Elternschicksal sein, sie findet sich aber verstärkt in der Nachkriegszeit.. „Wir haben die Eltern mit bei uns. Sie sind uns eine unentbehrliche Hilfe für Haus und Kinder. Wohin sollten sie sonst mit der kleinen Rente? Wir lassen sie auch nicht wieder fort!“ (21)

Die ewige nach Erfüllung verlangende biologische Energie zur Erhaltung der Art (49) ist sicherlich die letzte Triebfeder auch der menschlichen Fortpflanzung, die sich durch den oft zum Verhängnis werdenden, für den Menschen charakteristischen Dauer-Oestrus wesentlich von den übrigen Arten unterscheidet. Diese fördert das „Zufallskind“ in allen menschlichen Spielarten. Abgewandelt in ihrer gelenkten, zeitgerechten Anwendung ist sie allerdings nur dem homo sapiens eigen. Ziel ist das „Wunschkind“, das seit der Schaffung des Existenzbegriffes zwangsläufig immer mehr an Bedeutung gewinnen muß und als gesellschaftsformender Faktor aus der Bundesrepublik nicht mehr fortzudenken ist.

Der „Wunsch nach dem Kinde“ zeigt sich heute unter dem Zwang der Verhältnisse in der Bundesrepublik nur gedrosselt. Nicht die Vielzahl an Kindern ist mehr entscheidend, sondern das Wohlergehen weniger, oft in Konkurrenz mit der Lebensauffassung der Eltern.

Wenn man jetzt die Begründungen für bewußt gezeugte Kinder noch einmal abwägt, so wird man die Erwartungen weit zurückhaltender stellen, ja die Nein-Stimmen billigerweise höher belassen, um den tatsächlichen Verhältnissen gerecht zu werden .

In der Bejahung wie in der Verneinung ein kleiner Querschnitt durch die menschlichen Schwächen, wie sie z. T. immer waren, z. T. aber erst in jüngster Zeit modifiziert wurden.

Die Zeit arbeitet im Sinne der Beschränkung. Die negativistischen Tendenzen der Gegenwart beeinflussen den einzelnen Staatsbürger dahingehend, sich zu fügen und anzupassen. Die „Rationalisierung des Geschlechtslebens und der menschlichen Fortpflanzung“ (B u r g d ö r f e r) wird aber auch das Zufallskind allmählich zurückdrängen, ohne es zu beseitigen oder an dem Endresultat, dem fortschreitenden Geburtenschwund, bis auf weiteres etwas zu ändern. Die lebensverneinenden Kräfte wiegen zur Zeit in der Bundesrepublik schwerer als die lebensbejahenden, eine erschütternde Feststellung, die auch mit dem eingangs erwähnten größeren Zahlenmaterial übereinstimmt! Das Tief des Geburtenrückgangs ist noch nicht erreicht!

Nicht das erste Kind entscheidet die Zukunft, auch nicht das zweite, sondern die darüber hinaus geborenen; nicht der Wunsch nach Kindern, sondern die nackte Tatsache der bedrohten Selbsterhaltung unseres Volkes! Aber wer kennt diese Gefahr, wer will sie sehen und wer wagt es, sie zu steuern? Ein einschneidendes historisches Ereignis könnte wieder eine freiwillige Umstimmung nach sich ziehen, wie es die Geschichte in kürzesten Zeiträumen bewiesen hat.

KAPITEL IV

Geburtenregelung.

Hier wird ein Vorgang von Weltbedeutung berührt, der auch in dem vorliegenden Material den „Wunsch nach dem Kinde“ entscheidend beeinflusst. Bis auf eine verschwindende Minderheit machen alle Befragten von der Geburtenregelung Gebrauch. Nähere Einzelheiten über die Wahl der Methode waren Spontanantworten und nicht gefragt. Alle religiösen und politischen Bekenntnisse nehmen die Geburtenregelung — die vorwiegend und im Endeffekt eine Geburtenbeschränkung ist — in Anspruch, immer mehr auch der katholische Teil der Bevölkerung, der den Coitus interruptus längst nicht mehr als alleinige Methode privilegiert. 4 Ehen hatten davon keine Vorstellung, was aber für die Praxis wohl nicht mehr als eine Wortfremdheit zu bedeuten hat.

1. Bejahende Begründungen.

Aus ihrer Gesamtheit ergeben sich folgende Gemeinsamkeiten:

- a) Zunächst fallen allgemein gehaltene Antworten auf, in denen man sich nicht festlegen, aber auch nicht aus der Reihe tanzen möchte: „Selbstverständlich“. „Notwendig“. „Unbedingt“. „Das ist wohl nicht verwunderlich“. „Man muß sehr gewissenhaft sein“.
- b) Weiterhin Geburtenregelung als Vorspann zur Vermeidung eines die Familienplanung gefährdenden Leichtsinns: „Das wäre sonst zu leichtsinnig“. „Wir müssen jedes Unglück vermeiden“. „Sonst würden alle unsere Pläne vergebens sein“. „Jeder Leichtsinn ist ein Verbrechen“. „Wir wollen unsere Pläne und Hoffnungen nicht zerstören“. „Sonst ist unsere Zukunft gefährdet“.
- c) Trotz inneren Widerstrebens wird Geburtenregelung als unausweichliche Lebensäußerung empfunden: „Es ist ja traurig, aber was sollen wir tun?“ „Heute nicht anders möglich“. „Was bleibt uns anders übrig?“
- d) Die Schuld an der Anwendung dieses unnatürlichen Verfahrens wird vom Einzelnen entschieden abgewehrt (siehe auch oben) und auf außerpersönliche Umstände abgewälzt: „Staat ist schuld an Kinderbeschränkung“. „Wohnungsnot zwingt dazu“. „Wir sind dazu gezwungen“. „Die Verhältnisse zwingen dazu“.
- e) Geburtenregelung als Sicherheitsfaktor für die Existenz der Familie und die Gesundheit der Mutter:
„Familie sollte nie in Gefahr kommen“. „Schon mit Rücksicht auf die Frau“. „Zuerst fällt meine Frau wieder vom Verdienen aus“.

- f) Geburtenregelung als Appell an die eheliche Verantwortung und als Recht unbestrittener, bürgerlicher Handlungsfreiheit:
 „Man muß immer menschlich und verantwortungsbewußt handeln“. „Wer hilft uns sonst?“. „Das kann niemand verbieten“. „Das ist Pflicht des Einzelnen“. „Verantwortungslosigkeit nimmt überhand“. „Verantwortung gehört in die Familie, damit sie nicht in Gefahr gerät“ (65).
- g) Dieses Recht wird nicht nur gegen kirchliche Widerstände durchgesetzt, sondern auch in Übereinstimmung mit christlichen Lebensgrundsätzen empfunden:
 „Die Kirche hilft uns auch nicht“. „Trotz der Anmaßungen der kirchlichen Kreise im Eingriff in die Ehe“ (167). „Die Weisung des Papstes wird nicht mehr beachtet“ (84). „Verträgt sich auch mit christlicher Überzeugung“.
- h) Die Geständnisse der Hereingefallenen, der verlachten Stümper, der Schwerfälligen und durch Aufklärung sicher und einsichtig Gewordenen sind wohl überwiegend als Entschluß zur endgültigen Verhütung zu werten:
 „Jetzt müssen wir aufpassen. Es darf nichts mehr passieren“. „Sonst wird das Elend noch größer“. „Jetzt ja, es wird Zeit, wir waren leichtsinnig genug“. „Wir waren beim Arzt, meine Frau wollte immer nicht“. „Das ist leicht gesagt, aber garnicht so einfach“ (60). „Trotz Vorbeugungsmaßnahmen doch hereingefallen“ (236). „Das soll uns nicht mehr passieren“. „Wir versuchen es mit schlechtem Erfolg“. „Das will nicht klappen“. „Das glückt uns so schlecht“. „Das klappt nur nicht, ich weiß nicht weshalb“ (100). „Es gelingt uns nicht recht“. „Jede Dummheit wäre Selbstmord“ (318).
- i) Meinungen über die Notwendigkeit und den Wert der Aufklärung zur Geburtenregelung:
 Wir müssen uns auch mal richtig aufklären lassen, denn so geht es nicht weiter“. „Moral würde sich heben. Das dritte Reich hatte brauchbare Maßnahmen. Befürworten die Aufklärung in der Wehrmacht“ (150). „Durch Fachärzte“. „Der Staat müßte durch Änderungen der Gesetze die Geburt eines Kindes den Eltern unter Beratung des Arztes überlassen“ (170). „Besser für Volksgesundheit, Geschlechtskrankheiten wären geringer, Abtreibungen, Frühehen“ (186).
- j) Das Urteil über die gesundheitliche Schädlichkeit der Geburtenregelung ist nicht einheitlich. Nicht selten begegnet man im Volke der Meinung: „Schaden kann es nie“. Demgegenüber steht das ärztlicherseits vielfach bestätigte Eingeständnis: „Frau sehr nervös, schadet uns beiden“.
- k) Geburtenregelung als hinhaltende Methode und Ausdruck einer positiven Nachwuchseinstellung, wie sie zur eigentlichen Wortgebung geführt hat:
 „Um unerwünschte Graviditäten zu verhüten“. „Vorübergehend“. „Vorläufig ja“. „Wollen uns die nächste Schwangerschaft einrichten“. „Z. Zt. ja, wir wollen einige Jahre Abstand halten“. „Ja, Coitus interruptus,

bis Kind erwünscht ist" (313). „Es sollte nur gewollte Kinder geben“. „Ein Kind sollte mit Freuden erwartet werden" (160).

1) Geburtenregelung als Weg zur Sicherung und Erhaltung persönlicher Wünsche:

„Ein bißchen Bequemlichkeit“. „An uns denken“. „Menschen sollen auch leben. Übervölkerung führt nur wieder zum Krieg. Erholung und Urlaub nur durch Verzicht auf anderen Gebieten. Lebensansprüche werden größer" (62).

2. Ablehnende Begründungen.

Unter den wenigen verneinenden Antworten findet man die Sterilisierten: „Gottseidank nicht mehr erforderlich“. Aber auch andere sind zu finden: „Mit 16 Jahren wurde ich im Jungmädchenkreis vom kath. Pfarrer darüber belehrt, daß Verhütungsmittel verboten wären. Über Geburtenregelung erst nach der Ehe belehrt“. „Die Geburtenregelung als Schandtat kennzeichnen" (katholisch 157). „Wünscht Nachfolger“. „Wir wollen ja noch Kinder als Ersatz für die verstorbenen“. „Das interessiert mich jetzt nicht mehr" (Witwe, 262). „Nur für wirtschaftliche Voraussetzungen sorgen" (324). Die übrigen lassen es bei einem einfachen „Nein“, das aber durch vorübergehende Graviditäten noch eingeschränkt wird: „Zur Zeit Schwangerschaft“.

Die Geburtenregelung dient der Bevölkerung also — abgesehen von der erzwungenen „Spätehe" — in zweierlei Absicht: einerseits um geplanten Kinderwunsch zeitgemäß in entsprechendem Abstand einzurichten „als verantwortliche Ordnung der Geburtenfolge" und andererseits, um ihn unter den verschiedensten Begründungen endgültig zu unterbinden. Auf die Umfrage in Belgien wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. (Weltnachrichten für Bevölkerungspolitik und Geburtenregelung Nr. 10, Dez. 1952).

3. Standpunkt der christlichen Kirchen u. a. zur Geburtenregelung.

a) Evangelische Kirche.

Die Entwicklung in der evangelischen Kirche geht offensichtlich dahin, mancherorts noch vorhandenen Widerstand ebenfalls zu bereinigen, um die Gewissensnot der modernen Familie zu entlasten, wobei sie alle begutachteten und erprobten Verhütungsmethoden bis auf den illegalen Abort sanktioniert und die „eheliche Vereinigung" nicht „mit dem Willen zur Zeugung des Kindes" koppelt. Auch in vielen ausländischen Staaten wurde die genannte Regelung von evangelischen Kirchen bejaht, so z. B. in den U.S.A., Schweden, Schweiz und England.

Diese neuartige Auffassung zwang auch die evangelischen Bekenntnisse, ihre bisherige Einstellung zu revidieren, weil sie inzwischen eine Allgemeinerscheinung wurde. Die evangelisch-lutherischen Landeskirchen

haben in dieser Hinsicht bisher die konzilianteste Haltung eingenommen und sich als lebensnäher erwiesen.

b) Römisch-katholische Kirche.

Sie ist in ihren Weisungen ein unerbittlicher Gegner aller künstlichen Verhütungsmethoden und hält starr an dem Begriff der Encyklika Pius XI. über die christliche Ehe vom 31. 12. 1930 fest. Sein Nachfolger Pius XII. hat noch keine Veranlassung gefunden, die kleinsten Zugeständnisse zu machen, sondern die Ablehnung jeder unnatürlichen und nicht gottgewollten Kontrolle einschließlich Sterilisation und jeglicher Interruptio in öffentlicher Stellungnahme nochmals sehr deutlich unterstrichen, aber auch jede künstliche Befruchtung verworfen. Der römisch-katholische Christ wird in seiner Not vielmehr auf die Methode von Knaus oder auf die Möglichkeit der Enthaltbarkeit verwiesen. Die Enthaltbarkeit gehört gewiß zu den erstrebenswertesten Tugenden, die jedoch im Leben im allgemeinen vorwiegend im Alter oder bei gestörtem körperlich-psychischem Gleichgewicht an Wert gewinnt, aber gerade in den Jahrzehnten der höchsten Fruchtbarkeit den menschlichen Leidenschaften in keiner Weise gerecht wird und darum — abgesehen von ihrer ehegefährdenden Wirkung — als allgemeine Empfehlung erfolglos sein muß.

In der wissenschaftlichen Diskussion um die Knaus'sche Methode, die zurzeit noch ausgetragen wird, hat sich inzwischen erwiesen, daß sie eine Allgemeingültigkeit nicht zu beanspruchen hat, so sehr sie durch das Knaus persönlich gewährte Interview des jetzt regierenden Papstes auch erwünscht gewesen sein mag. Der Rektor einer Volksschule äußerte: „Die römisch-katholische Kirche ist sehr vorsichtig geworden und verschanzte sich neuerdings zu ihrer eigenen Sicherheit entgegen historischer Tradition hinter die Errungenschaften der Wissenschaft. Es gilt wohl, eine Brücke zu den Gläubigen zu finden, die nicht zu brüsk alte Vorurteile beseitigt“. Indem man auf die Tage der optimalen Empfängnis hinweist, gewinnen für den modernen Katholiken die diesseits und jenseits gelegenen Tage für die Verhütung die weit größere Bedeutung. Von diesem Recht auf natürliche Weise Gebrauch zu machen, ist dem katholischen Christen nur für bestimmte Indikationen des täglichen und familiären Lebens gestattet und nicht zur ausschließlichen Verhütung. Ein katholischer Pfarrer erklärte hierzu: „Das heißt dem Herrgott Sand in die Augen gestreut“ oder „Die rechte Hand soll nicht wissen, was die linke tut“.

Die Praxis des vorliegenden Materials sieht jedoch so aus, daß dieses Dilemma in der katholischen Familie bis auf wenige Ausnahmen längst im Sinne der Geburtenkontrolle durch Selbsthilfe entschieden wurde und die päpstliche Weisung diese Entwicklung nicht verhindern konnte. Offenbar hat die „Liebe“, wie sie Frühauf verstanden wissen möchte, im Kampf gegen das „Gift der zersetzenden Zeitmeinung“ ihre Grenzen.

c) Gandhi und Nehru.

Dieser orthodoxe Standpunkt in der Ablehnung jeder Geburtenkontrolle

durch die römisch-katholische Kirche hat eine auffallende Parallele bei Mahatma Gandhi:

„Die geschlechtliche Vereinigung dient nicht zur Freude, sondern der Zeugung von Nachkommen, und sie wird zum Verbrechen, wenn der Wunsch zur Nachkommenschaft nicht vorhanden ist“.

Seine Ermahnung zur Keuschheit wurde gleichfalls schon zu seinen Lebzeiten heftig kritisiert und von der jetzigen Regierung unter Ministerpräsident Nehru völlig verlassen.

d) Buddhismus und Moslemitische Religionsgemeinschaft.

Dagegen hat der Buddhismus in seinem Kampf gegen die Unwissenheit durch Liquidation aller bisher einer Geburtenregelung entgegenstehenden Richtlinien eine elastische Anpassungsfähigkeit bewiesen und eine entsprechende Gesetzgebung in Japan ermöglichen helfen, desgleichen die moslemitische Religionsgemeinschaft.

Die Fälle der angegebenen „Versager“, von denen auch die sogenannten „sicheren“ Ehen nicht verschont bleiben, lassen sich nicht nur durch menschlichen Leichtsinns erklären, sondern gehen z. T. auf das Konto einer unzuverlässigen Methode. Die Unvollkommenheit aller Verhütungsmethoden ist eine Sorge von internationalem Rang, die durch die ständigen Fortschritte der Wissenschaft auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit — den Bedürfnissen der Völker entsprechend — bereinigt werden dürfte. Die Gefahr der Bedrohung der einzelnen Familie ist damit zum übergeordneten Existenzproblem der Gesamtnation geworden.

KAPITEL V

Forderungen und Schutzmaßnahmen

Die Frage nach der Zweckmäßigkeit staatlicher Aufklärung brachte eine Unzahl von Antworten und Vorschlägen, in denen sich Vergangenheit und Gegenwart spiegeln, die nur beweisen, daß die Diskussion über diesen Punkt in den Familien durchaus nicht auf Eis gelegt ist.

1.

Die Mehrzahl der hierzu Stellung Nehmenden antwortet bejahend. häufig ohne nähere Begründung. Unter den zunächst allgemeinen Stellungnahmen liest man: „Dringend notwendig“. „Nie ein Fehler“. „Jeder wird dankbar sein“. „Man kann nur Gutes damit stiften“. „Wäre zu begrüßen“. „Nur nicht zurückhaltend damit sein“. „Befürworte jede Aufklärung“. „Man kann nie aufgeklärt genug sein“. „In jeder Form“. „Viel intensivere Aufklärung“ (häufige Antwort). „Nicht ernst genug betreiben“. „Kann heute keinem schaden“. „Es wäre besser, wenn heute jeder Erwachsene aufgeklärt wäre“ (48).

Es folgen einige einschränkende und später spezialisierte Begründungen, die mitunter von der Fragestellung abweichen: „Ist angebracht“. „Wer sie braucht“. „In gewissen Fällen notwendig“. „Für alle, die unsicher sind“. „Die Unwissenden sollten aufgeklärt werden“. „Ich habe mich leider zu spät aufklären lassen“ (mehrfach zu finden). „So ging es nicht weiter“. „Sozial und wirtschaftlich gefährdete Familien“. „Schon Vor Zwischenfällen“. „Für beide Geschlechter“. „Vor allem die Männer sollten aufgeklärt werden“ (311). „Ehekandidaten“. „Vor und in der Ehe“. „Auch und besonders in der Ehe“. „Keine Ehe geschlossen ohne Aufklärung“ (häufige Antwort!). „Schon in der Schule und danach!“. „Jugendgesetz läßt sehr zu wünschen übrig“.

„Es gibt genug Möglichkeiten zur Aufklärung“. „Besonders im Sinne einer heiligen Verantwortung“. „Belehrung durch die Eltern wird viel zu oft vernachlässigt“. „In Krankheitsfällen“. „Staatliche Fürsorge für Kinderreiche“. „Sozial und wirtschaftlich gefährdete Familien“. Besonders häufig werden „Eheberatung und Schwangerenberatung“ vorgeschlagen. Andere Vorschläge lauten: „Durch Rundfunk, Presse, Film und aufklärende Schriften“. „Durch Überreichung einer geeigneten Broschüre bei der standesamtlichen Trauung“ (253). „Schulungen und regelmäßige Kurse“. „Durch ärztliche Aufsicht“. „Man kann viel Fürsorgegelder sparen“ (99). „Kirchen sollten viel mehr aufklären, die katholische Kirche hilft ja viel auf diesem Gebiete, aber andere Organisationen können das auch tun“. „Staat und Kirchen sollten aufklären“. „Durch Krankenkassen und soziale Organi-

sationen". „Für bestimmte Gebiete, nicht über Empfängnis- und Verhütungsmaßnahmen". „Staat sollte Geburtenreglung propagieren". „Viele Organisationen damit beauftragen". „Viele Ärzte fänden hier eine neue Betätigung". „Durch Vertrieb hygienisch einwandfreier Verhütungsmittel" (164). „Die Bevölkerung ergreift alle guten und brauchbaren Anregungen" (305).

„Aufklärung kann nicht früh genug erfolgen, nicht erst, wenn das Unglück geschehen ist" (304). „Um Unglück zu verhüten, in jeder Weise aufklären, besonders dann, wenn Existenz bedroht ist". „Immer aufklären, bevor man eine neue Schwangerschaft bitter bereut" (264). „Durch Aufklärung kann man viel Sicherheit und Freude schaffen" (319). „Die vorhandenen Kinder gesund erhalten". „Manche Familie kann doch gewaltig ins Unglück stürzen durch ungewollte Schwangerschaften" (288). „Ungewollter Kinderreichtum führt häufig zur Zerrüttung der Familie" (273). „Besonders bei kinderreichen Familien, die wirtschaftlich schwer zu kämpfen haben" (269). „Nötig, um die wilden Abtreibungen einzudämmen und um die Menschen glücklicher und sorglos zu machen" (227). „Einfluß auf Ehescheidungen". „Viel asoziale Elemente könnten verhindert werden". „Für manche Familien erforderlich, wenn sie in Not geraten. Um unerwünschten Nachwuchs (qualitativ schlechten) zu verhindern, ist ein gewisser Zwang notwendig" (285). „Sterilisierung käme in bestimmten Fällen durchaus infrage" (katholisch). „Unser Staat wird sich nicht dazu entschließen". „Solange kirchliche Kreise in der Regierung mitreden, werden alle diesbezüglichen Bestrebungen unterdrückt" (186). „Es gibt viel Wege dazu von Staat und Kirchen und allen Organisationen, die Familien-Interessen vertreten".

2.

Aber auch ablehnende Stimmen fehlen in dieser aktuellen Diskussion nicht, wenn sie auch in der Minderheit sind: „Die Menschen wissen es allein". „Wer etwas Verantwortung in sich trägt, braucht keine staatliche Aufklärung". „Sinkende Moral die mögliche Folge". „Jede Familie sollte sich selbst aufklären". „Jede Familie sollte für ihre eigenen Leichtsinnigkeiten selbst aufkommen. Man verläßt sich zu sehr auf fremde Hilfe" (139). „Das ist Sache der Eltern und jedes Einzelnen" (Baptist 137). „Aufklärung hilft uns auch nicht". „Was nützt die Aufklärung, wenn nicht genug Wohnungen da sind" (130). „Kinderwunsch". „Kein Interesse". „Wir geben uns eigentlich Mühe". „Jede Aufklärung muß auf eigenem Entschluß wachsen und hat nur Sinn, wenn sie konsequent angewandt wird" (322).

„Jugendschutzgesetz zu lau durchgeführt". „Staat selbst kann diese Aufgabe nicht übernehmen, der Nachwuchs fehlt heute schon wieder in vielen Berufen" (49). „Staat könnte mithelfen". „Jede Organisation außer der Schule". „Dies ist eine ureigene Sache und geht den Staat im Ganzen nichts an" (165). „Der Staat sollte sich viel mehr im Hintergrund halten. Frankreich würde sich über Geburtenreglung Deutschlands freuen".

Auch die politische Orthodoxie, wie sie sich in autoritär geführten Staatssystemen faschistischer oder kommunistischer Prägung

darbietet, lehnt jede Geburtenkontrolle kompromißlos ab und setzt sich im Gegenteil für Geburtenförderung ein.

Ebenso lassen überwiegend katholische Länder eine Geburtenkontrolle auf gesetzgeberischem Wege nicht zu. Auch die Bundesregierung lehnt eine staatliche Einflußnahme auf die Geburtentätigkeit ab. Daran dürfte sich auch nach der Neuwahl des Bundestages nichts geändert haben. Eine offizielle Stellungnahme fehlt bis heute. Der Bundesinnenminister hat in einem persönlichen Schreiben vom 4. 7. 52 geantwortet:

„Das Grundgesetz schließt eine staatliche Einflußnahme auf die Frage der Geburtenreglung aus“.

Die führenden politischen Parteien haben sich bisher über dieses Problem ausgesprochen, was nicht besagen will, daß es für sie nicht existiert. Von den angeschriebenen Parteisekretariaten der C.S.U., Förderalistischen Union Gruppe Zentrum und der F.D.P. liegt eine ablehnende Stellungnahme vor. Leider hat sich die Sozialdemokratische Partei nicht geäußert. Diese vorhandene Ablehnung kann jedoch nur als formell aufgefaßt werden, weil jede brauchbare Verhütungsmethode, insbesondere die Herstellung und der Vertrieb der zahlreichen Antikonzipientia, sowie die Arbeit der sich mehrenden diesbezüglichen Beratungsstellen privater und öffentlicher Art (z. B. Hamburg, Kassel und Berlin) stillschweigend geduldet wird, auch wenn sie andere Absichten damit kombinieren. Durch die unzweideutige Absicht der jetzigen Bundesregierung, den Willen zum Kinde zu stärken, ist ein auffallender Kontrast zu jenen Bestrebungen entstanden, die schon im Grundsätzlichen eine gegenseitige Abstimmung nicht zulassen. Lediglich der illegale Abort bleibt strafbar. Der einzige Nutznießer dieser ehelich-familiären Not bleibt die Verhütungsmittelindustrie.

Im vorliegenden Material wird eine staatlich gelenkte Geburtenreglung nur in wenigen Fällen befürwortet, dagegen herrscht allgemein der Wunsch nach intensiver betriebener nichtstaatlicher Aufklärung vor. Mit bitterer Kritik wird nicht gespart, aber auch zahlreiche brauchbare Vorschläge werden gemacht. Unter ihnen haben Ehe- und Schwangerenberatung und die Sorge um die rechtzeitige Aufklärung der gefährdeten heranwachsenden Jugend den Vorrang, die durch die eigenen Eltern aus falscher Scham häufig vernachlässigt wird. Der Staat sollte sich besonders kinderreicher und sozial gefährdeter Familien im Sinne weiterer Schwangerschaftsverhütung annehmen. Die Erfüllung dieser hier ausgesprochenen Hoffnung, die sich auch auf die soziale Indikation der Interruptio und eine Änderung des § 218 erstreckt, ist nach den vorherigen Erörterungen nicht zu erwarten. Wie das schwedische Beispiel lehrt, kommt man hier aber auch mit bis an den Rand des Möglichen vorgetriebenen Zugeständnissen nicht weiter. Die soziale Indikation zur Interruptio hat sich in einem reichen, vom Krieg nicht heimgesuchten und sozialistisch regierten Land, das sich in seinen sozialen Maßnahmen für die Familie vielleicht an die Spitze setzen darf, nicht als Fortschritt erwiesen. Deshalb wird sich die Bundesrepublik, die in ihrer gegenwärtigen politisch-wirtschaftlichen Struktur weit berechtigter die Voraussetzungen für eine soziale Indikation böte,

kaum auf ein solches Experiment einzrassen. Der illegale Abort bleibt eine blutende Wunde in unserem Volkskörper. W. Föllmer und G. Schmidt gaben für die Bundesrepublik das Verhältnis Aborte/Geburten 1952 mit 1:2 an, Harmsen für Hamburg 1948 mit 1:1. Nach ihm sind am Abort zu 4/5 verheiratete Frauen beteiligt. Guttmacher, Tietze und Rubin errechneten 1950 bei 40 bis 44-jährigen Frauen eine Abortquote von 33,3% für U.S.A.

Dagegen scheinen die Möglichkeiten der Aufklärung Jugendlicher und Erwachsener durchaus noch nicht erschöpft. Im Kampf gegen die Unwissenheit, die Frühehen Unreifer und den folgenschweren Leichtsinns wird die Erziehung zur staatsbürgerlichen schon vorehelichen Verantwortung und Verpflichtung gefordert, die nicht nur den Eltern, sondern auch dem Staat obliegen soll. Sie darf dabei nicht unberücksichtigt lassen, daß zu den Fundamenten einer Ehe- und Familiengründung nicht nur körperliche und geistige Gesundheit und die große Liebe gehören, sondern mit der gleichen Bedeutung ein die Existenz sichernder erlernter Beruf und eine Wohnung. Binsenwahrheiten unserer Großväter, über die man sich heute oft mit bewundernswerter Leichtfertigkeit hinwegsetzt.

Auch mit dem Hinweis auf den immer spürbarer werdenden Nachwuchsmangel wird eine staatliche Geburtenregelung abgelehnt; sie soll vielmehr zusammen mit den führenden Kirchen als Auftragsangelegenheit öffentlichen Organisationen übergeben werden. Th. Dehler hat erst in der Generaldebatte über die Regierungserklärung nach der 2. Bundestagswahl nachdrücklich den Mangel an Facharbeitern hervorgehoben, der neben der Überalterung unseres Volkes, auf deren zunehmende Invalidenlast Storch aufmerksam macht, bedrohliche soziale Probleme aufweist.

Gerade die katholische Kirche ist neben der Forderung nach sozialer Neuordnung auf dem Gebiet der persönlichen Aufklärung durch Priester (Ohrenbeichte, Brautunterricht, Belehrung der getrennten Geschlechter usw.) und Einsatz von Laien sehr aktiv und außer Konkurrenz. Die evangelischen Kirchen versuchen es durch das „Weiße Kreuz“.

Papst Pius XI. schreibt in seiner Enzyklika über „Die christliche Ehe“ vom 31. 12. 1930 zu diesem Punkte:

„Daher ist es von hoher Bedeutung, daß die Gläubigen über die Ehe genau unterrichtet werden durch das geschriebene und gesprochene Wort, nicht nur einmal und nur oberflächlich, sondern oft und gründlich, mit klaren und überzeugenden Gedanken, so daß die Wahrheit den Verstand gefangen nimmt und bis ins Herzinnere hineindringt“.

Mit welcher Energie greifen die staatlichen Organe der Bundesrepublik diese Notwendigkeit der Aufklärung vor dem Unglück an?

Bis auf wenige Ausnahmen sind sich alle Stellungnehmenden darin einig, daß die Bundesrepublik die Voraussetzungen zur Ehe- und Familiengründung zur Zeit nicht bietet. Man liest sehr vorwurfsvolle Antworten wie: „Man hat die Familie ganz vergessen“. „Staat schätzt die Familie nicht hoch genug ein“ (261). „Kümmert sich um Familie überhaupt nicht“

(häufige Antwort). „Ist gleichgültig“. „Befaßt sich nicht mit Familiensorgen“. „Wenig Interesse für junge Familien“. „Schlechte Hilfe für Minderbemittelte“. „Dieser Staat hat sich bisher noch nicht darum gekümmert“. „Familie mit Kleinkindern kommt zu kurz“. „Bis jetzt noch nicht“. „Sorgt für Kinder zu wenig“. „Wenn der Staat Kinder wünscht, soll er die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen“ (23). „Er drosselt eine gesunde Entwicklung ab“ (318). „Zwingt die Mutter zur Berufstätigkeit“ (255). „Meist müssen beide arbeiten, nicht erwünscht“. „Auf Kinder werden in diesem schweren Lebenskampf keine Rücksichten genommen“ (296). „Die Ehen und Familien müssen sich heute in Selbsthilfe durchschlagen“ (304). „Wer keine Kinder hat, fährt heute am besten“ (308). „Das Leben ohne Kinder wäre jetzt angenehmer, aber was soll ich tun?“. „Da sieht's schlecht aus. In diesen Zeiten wird es nicht viel anders werden“ (315). „Der Staat hat in der Verfassung Ehe und Familie garantiert. In der Praxis haben aber andere Sorgen den Vorrang“ (321). „Man muß sich selbst helfen und darf sich schon heute gar nicht auf den Staat verlassen“ (326). „Man soll nicht auf den Staat warten, sondern eine Familie nach eigenen Bedürfnissen und Verhältnissen zurechtbauen“ (172). „Heute gibt es nur Kampf. Darin härtet sich auch eine Ehe“. „Selbst um Wohnung und Beruf muß bitter gekämpft werden“ (273). „Im dritten Reich war das Kind ein bedeutender Faktor“ (D 3).

Es fehlt aber auch nicht an Stimmen, die andere Gesichtspunkte berücksichtigen: „Zu schwere Zeiten“. „Vielleicht zu viel andere Sorgen?“. „Hände gebunden“. „Das geht so schnell nicht, dürfte aber wiederkommen“. „Der Staat schafft die Voraussetzungen für die Familie“. „Wir haben den Krieg verloren, aber die Familie hat ihn überstanden“. „Der verlorene Krieg ist eine schwere Last“. „Kinder sind heute eine Last“. „Es ist doch nicht so einfach, sich heute zu einem Kind zu entschließen, lieber zurückhaltend sein“ (135). „Nach einem derart verlorenen Krieg haben es die jungen Ehen und Familien am schwersten“ (137).

Im Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg die schwere Last der Besatzung: „Besatzung frißt uns auf“. Weiter: „Der ewige Flüchtlingsstrom“. „Die Teuerung“. „Zu hohe Steuern“. Die nicht ausreichenden Löhne und der stete Lebenskampf: „Existenz immer in Gefahr“. „Bei der räumlichen Enge unseres Landes“. „Zu viel Menschen leben in der Bundesrepublik“. Die „zu verwickelte, zu unsichere und gefährliche politische Lage“ wird nicht vergessen: „Wenn man nur Hoffnung in die Zukunft haben könnte“ (137). „Man wird das Angstgefühl nicht los“ (D 57). „Es wackelt an jeder Ecke. Man hat oft keine Lust mehr zu schaffen“ (D 52). „Über Nacht kann sich viel ändern, und die Folgen wären bei mehr Kindern noch schlimmer“ (D 48). „Man sollte bei dem teuren Leben und der politischen Ungewißheit überhaupt keine Kinder haben. Nur die Sorgen werden größer!“ (295). „Das Leben ohne Kinder wäre jetzt angenehmer. Aber was soll ich tun?“. „Wenn die Frau nicht mithälfe, könnten viele überhaupt nicht heiraten“ (182). „Ohne Wohnung sollte man nicht heiraten“ (188, 171). „Erschwert durch Baukostenzuschüsse“. „Wenn die Zeiten stabiler wären, würde eine Ehe mit weniger Sorgen beginnen“ (171). „Gegen die Wider-

stände des Lebens muß man heute heiraten und Familie aufbauen" (190). „Es ist nicht einfach jetzt, aber es muß gewagt werden“. „Sind ungünstig, würde aber trotzdem heiraten" (169). „Junge Eheleute haben es heute schwer, besonders bei Muß-Heiraten“. „Die derzeitige wirtschaftliche Lage ist nicht angetan, die Ehefreudigkeit zu fördern“. „Diese Voraussetzungen müssen langsam wiederkommen“. „Die Zeit wird kommen, daß den Familien wieder mehr Interesse entgegengebracht wird" (305).

Hier ist die Meinung: „Demokratie hat weniger Kinder" (86) mehr als eine kurze historisch-vergleichende Reminiscenz. Sie zeigt vielmehr, daß Kinderwunsch nicht nur eine familiäre Angelegenheit ist, sondern auch eine lebendige Beziehung zur jeweiligen Staatsform hat. Die Auffassung des politischen Regimes, schon einer einzelnen staatstragenden Partei findet einen sehr wesentlichen Teil Gefolgschaft in der einzelnen Familie. Auch in diesem Sinne bedeutet Jugend Macht, die das Schicksal der provisorischen Bundesrepublik bestimmt.

Verschwindend wenige meinen, daß unser Staat diese Voraussetzungen geschaffen hätte, daß es „jetzt besser" wäre.

Konzentrierter als bisher kommt die seelische und soziale, wirtschaftliche und politische Not der Familie zum Ausdruck, die durch eine Abwehr- und Kampfstellung zur Selbsthilfe gezwungen wurde und den „Wunsch nach dem Kinde" dem eben noch tragbaren Risiko unterordnet.

In der Frage, ob Maßnahmen zur Nachwuchsförderung getroffen werden sollten, scheiden sich zwar die Geister noch einmal ganz erheblich voneinander. Nachdem sich aber die Mehrheit schon früher für Nachwuchs unseres Volkes ausgesprochen hat, bejaht sie nun auch zusätzlich eine Nachwuchsförderung. Man darf daraus schließen, daß sie sich in der gegenwärtigen Zwangssituation nicht wohlfühlt und sie zu überwinden bestrebt ist. Nicht zuletzt spielen leiblich-seelische Momente dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Die einzelne Familie bietet selbstlos ihre Mithilfe zu dieser Entspannung an. Zusammenfassend werden noch einmal alle Punkte erwähnt, die den „Wunsch nach dem Kinde" in negativer und positiver Richtung beeinflussen. Hinter den zahlreichen Vorschlägen und aufgezeigten Schwierigkeiten, wie sie meistens schon gewürdigt wurden, steht das Wohnungsproblem wieder in Führung. Die Wohnung soll nicht nur in räumlicher, sondern auch in gesundheitlicher Beziehung eine Ehe bzw. Familie befriedigen: „Wir bauen ja viel zu schlecht". Einige Ergänzungsvorschläge lauten: „Siedlungsbau für kinderreiche Familien". „Wohnungsbauhilfe". „Verbilligter Bezug von Hausrat und Mobiliar für junge Ehen". „Mietermäßigung für Kinderreiche". „Völlige Steuerfreiheit" (309). „Wohnung und Land fehlt" (318), als Gegengewicht gegen die zunehmende Verstädterung. „Preissenkung". „Kinderbeihilfen". In diesem Zusammenhang wird auch das Ehestands-Darlehen von einer beträchtlichen Anzahl (vorwiegend von Arbeiter-Familien) wieder gefordert: „Ehestandsdarlehen waren eine positive Einrichtung. Auch andere Familienunterstützungen vom 3. Reich waren brauchbar. Aber was geschieht heute?" (D 2). „Bessere Löhne und ausreichender

Verdienst, besonders der Familienväter, damit die Familie nie in Gefahr gerät" und „die Frau nicht mehr arbeiten muß" (244 und 241). Eine verbilligte Lebensweise hinsichtlich der Verbrauchsgüter, fester Arbeitsplatz und Erhaltung des Arbeitsplatzes bei Krankheit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, „Bevorzugung der Mutter vor den Ledigen bei Einstellungen, Prämie für Entbindungen und Anschaffungen, Ermäßigungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln" (255). „Staatliche Kinderzulagen für jede Familie, für jedes Kind". „Allgemeine Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit" (166). „Ausbildungsbeihilfen". „Wirtschaftliche und steuerliche Bevorzugung" (284). „Mittellose Ehekandidaten müßten Hilfe haben" (288).

Hier melden sich aber auch erstmals Stimmen, die eine qualitative Nachwuchsförderung befürworten: „Der Staat müßte viel mehr Interesse an seinem wichtigsten Volksgut zeigen" (154). „Denn nur gesunder und reichlicher Nachwuchs bringt Volk und Staat zum Aufschwung und Wohlstand" (174). „Nur eine gesunde Familie kann dem Staat eine Hilfe sein" (218). „Nur gesunde Familien fördern und auch eine qualitative Auslese treffen" (274). „Staatliche Erziehungsbeihilfen usw., besonders für qualitativ wertvolle Familien" (280).

Es bleibt abzuwarten, ob man nicht in absehbarer Zeit auf eine staatliche Notwendigkeit hin und mit Rücksicht auf die Länder der westlichen Welt wieder ein eugenisches Denken und Handeln für erforderlich halten und bei kritischer Sichtung der Vergangenheit vorurteilsfrei nach noch Brauchbarem suchen wird, um auf gewissen Gebieten — wie z. B. einigen Erbkrankheiten, Alkoholismus, Sexualverbrechen, Asozialen — eine dem jetzigen Empfinden entsprechende und doch zeitgerechte Lösung zu finden und dieses Vakuum in der Gesundheitsfürsorge auszufüllen.

In der Ehegesundheits-Gesetzgebung herrscht ein ähnliches Vakuum. Auf keinem Gebiet wurde die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Persönlichkeit vielleicht so gründlich in die Tat umgesetzt. Stimmen, welche meinen, daß gewisse Schutzrechte der Allgemeinheit nicht übergangen werden sollten, mahnen ins Leere. Auch ärztliche Bedenken bilden keinen Egehinderungsgrund. Die Folgen dieses „Laissez faire" sind auf dem Gebiet der unentwegt ansteigenden Hilfschülerzahlen sichtbar, an denen die heimatvertriebene Bevölkerung übrigens im Schnitt weniger beteiligt ist als die einheimische (s. stat. Jahrbuch)! Man wird in solchen erfahrungsgemäß oft kinderreichen Familien von einem „Wunsch nach dem Kinde" kaum sprechen dürfen. Gewiß versucht die Hilfsschule das Menschenmögliche aus ihnen herauszuholen und erreicht mitunter bescheidene Erfolge. Doch sind ihrem Bemühen von der Natur Grenzen gesetzt; der Intelligenzdefekt läßt sich nicht beseitigen. In immer größerem Angebot müssen die Hilfsschüler in biologischer Hinsicht vom Volkskörper „verdaut" werden.

Pfaunders Ansicht: „Es liegen keine Beweise vor, die Debilenaufzucht vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus abzulehnen" ist nur eine Betrachtungsweise des Problems, die nicht ohne Widerspruch geblieben ist. Dabei sollte doch nicht übersehen werden, daß sich etwa 25 0/0

der Hilfsschüler nach unten entwickeln (Mitteilung des Schulamtes Hanau vom 18. 7. 1952). Die Meinungen sind gerade auf diesem Sektor stark dem zeitlichen Wandel unterworfen und abhängig vom jeweiligen politischen Regime.

Und schließlich wird auch der „Einbau der Familienfürsorge in die Sozialpolitik“ (264) gefordert. „Vielleicht kommt die Zeit, wo Kinder wieder gefragt sind“. „Wir brauchen wieder Kinder und deshalb wird man die Familiengründung wieder fördern müssen“.

Auch die Mahner melden sich noch einmal: „Nicht mehr Kinder als gesundheitlich und wirtschaftlich tragbar“ (265). „Erst nach gesicherter Ernährungsmöglichkeit Entschluß zur Familienvergrößerung“. „Gesunde Wohnungsverhältnisse“. „Nicht bei den Eltern wohnen“ (219). „Keine Schulden machen“. „Feste und gute Ehe ist sicherster Grund“.

Die Bewertung der unsicheren Zukunft wird auch jetzt nicht vergessen: „Aber es sieht so dunkel aus“ (290). „Aber wir leben in den Tag und sind sehr skeptisch und vorsichtig geworden. Wer traut der Zeit?“ (316). „Furcht vor dem Morgen ausschalten, dann wird das ganze geistige und materielle Leben auch wieder erträglich“ (43).

Die Bedrohung der Existenz erfährt jetzt eine ausgesprochen politische Begründung, die allen anderen übergeordnet zu sein scheint. Die Gefahr wird im Osten gesehen: „Die politischen Verhältnisse müssen wieder stabil werden, sonst verlieren wir das Vertrauen ganz in die Zukunft. Das leistet den Kommunisten nur Vorschub“ (144). „Es ist ja immer noch Krieg, und danach richten sich auch alle Ehen und Familien. Wie lange das noch sein wird, kann keiner wissen“ (146). „Erst russische Frage lösen“ (98).

Das erdrückende Joch der Besatzung wird nicht weniger störend empfunden: „Wir müssen wieder eigenen Boden unter die Füße bekommen“ oder „Herr im eigenen Hause sein“. „Die Fremden raus und die Russen weit fort“. „Deutschland wieder die alten Grenzen geben, damit die Gefahr aus dem Osten gebannt wird“. „Deutschland wieder stark machen und den Bolschewismus beseitigen, dann kommt alles von selbst“ (23). „Rückgabe der Ostgebiete“ (324). „Die Ungewißheit vor dem Krieg beseitigen, diese ewige Angst. Das ist die schlimmste Bedrohung für die Kinder. Davon hängt die gesicherte Zukunft ab“ (235).

„Die politische Zukunft ist übergeordnet“ (321). Die friedlicheren Zeiten, die Sicherung der Zukunft werden durch die Lösung der politischen Spannungen und die Wiedergewinnung der vollen Souveränität erhofft. Und diese Hoffnungen werden durch nichts weniger getragen als durch die bescheidene Sehnsucht nach Frieden, der den „Wunsch nach dem Kinde“ als grundlegende Voraussetzung mitbestimmt.

Die verneinenden Begründungen bringen keine eigentlich neuen Gesichtspunkte, dürfen aber nicht ohne weiteres überhört werden: „Eher Einschränkung“. „Jetzt nicht fördern, zu unsichere Zeiten“ (328). „Daseinskampf hier zu unerfreulich und die politischen Verhältnisse hier zu dunkel“. „Nicht erforderlich, kommt von allein. Deutschland ist noch nicht am Aussterben“. „Wir schufteten nur für den Augenblick“. „Man fühlt sich nicht mehr sicher“. „Hier ist uns die Zukunft zu gefährlich“.

„Solange die russische Gefahr nicht beseitigt ist, gibt es keinen Frieden in der Welt“ (106). „Bevor die Russen Europa nicht verlassen, kommt kein Friede und davon hängt alles ab“ (182). Immerhin ist der Schwarzseher schlecht zu widerlegen: „Das dicke Ende kommt noch“ (97). „Jetzt können wir nur kinderarme Familien gebrauchen: Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr“ (108). „Familiengründung ist heute ein Wagnis, das erst nach genauer Prüfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten eingegangen werden sollte, und da sieht es doch noch sehr unsicher hier aus“ (140). „Keiner sollte heiraten ohne wirtschaftliche Existenz und Wohnung“ (139).

Nach dem Wohnungsproblem würde durch die allgemeine große Steuerreform, wie sie endlich in Angriff genommen werden soll, eine weitere dringende familienfeindliche Sorge bereinigt werden. An dem sogen. „Familienlastenausgleich“, für den sich Oeter u. a. einsetzen, läßt sich die zeitraubende parlamentarische Mühle erkennen. Er wurde inzwischen gleichfalls ein fester Bestandteil des Regierungsprogramms. Leider fehlt diesem Plan der Einbau einer betonten Begabtenförderung, wie sie unlängst war, um das weiter um sich greifende Intelligenzdefizit wieder aufzufrischen. Es ist nicht gerade schmeichelhaft, daß eine englische Regierungskommission darauf aufmerksam macht.

Raumenge und Bevölkerungsdichte mit ihren Rückwirkungen auf die Ernährung spielen auch für die Bundesrepublik eine nicht unerhebliche Rolle, besonders unter dem Einfluß des Flüchtlingszustromes. Die Forderung nach Wiedervereinigung der Zonen und der Rückgabe der Ostgebiete halten die Hoffnung auf Erleichterung aufrecht. Beim Vergleich mit anderen Ländern, etwa Indien oder Japan, ergibt sich jedoch, daß die dort maßgebliche Indikation zur staatlichen Aufklärung und Geburtenregelung wegen der existenzbedrohenden Übervölkerung durch hohe Fruchtbarkeit und dadurch bedingten Ernährungsschwund und mangelnde Ausweichmöglichkeit, auf die C. B. Cook hingewiesen hat, für die Bundesrepublik in diesem zwingenden Maße sicher nicht gegeben ist. Durch die Selbsthilfe der einzelnen Familien wurde diese Gefahr ohne staatliche Hilfe wesentlich abgestoppt. Dazu kommt, daß für die japanische Inselbevölkerung offenbar eine gewisse Eigengesetzlichkeit besteht. Außerdem wäre es durchaus der Mühe wert, die Argumente zu prüfen, ob alle Möglichkeiten der Steigerung der Produktion, der Landgewinnung und Besiedlung tatsächlich schon erschöpft sind.

Die Antworten zeigen, daß nicht nur die materiell faßbare Umwelt, sondern auch die politische Sicherheit, der Friede und das Wissen um völlige Geborgenheit die fundamentalen Garantien für die gesunde Entwicklung einer Familie und den positiven „Wunsch nach dem Kinde“ sind und daß der Faktor der Existenz- und Zukunftsbedrohung keine utopische Spekulation, sondern eine sichtbare Wirklichkeit darstellt. Sie sind aber auch eine einzige Aufforderung nach Verständnis familiärer Sorgen durch die Organe des Staates und Erfüllung des notwendigen Schutzbedürfnisses. Eine bundesstaatliche Zentralstelle mit entsprechendem Aufgabengebiet hätte ein unendlich reiches Betätigungsfeld, besonders auf erzieherischem Gebiete und würde nur eine Nachholpflicht gegenüber ande-

ren europäischen Ländern einlösen. Das unlängst hierfür geschaffene Familienministerium scheint jedoch bei einigen politischen Parteien keinen besonderen Anklang zu finden, nur aus Sparsamkeitsgründen?

Zusammenfassung.

- 1.) Die Motive für das gewollte Kind sind zwar im Grundsätzlichen die Gleichen geblieben wie bisher. Sie haben aber vielfach einen besonderen Akzent insofern erhalten, als das zeitgerechte Wunschkind angestrebt wird, wenn die erforderlichen Voraussetzungen für den Nestbau erfüllt sind und die Tragfähigkeit des Familienpotentials es erlaubt.

Weiterer Kinderwunsch wird weitgehend abgestimmt auf die persönlichen Bedürfnisse der Eltern, die finanzielle Leistungskraft des Verdieners und die Wohnungsverhältnisse. Er unterliegt außerdem wesentlich dem außerfamiliären Faktor des Mißtrauens in die Zeit und der existenziellen Bedrohung.

- 2.) Das „Zufallskind“ wird überwiegend als unerwünscht bezeichnet und nach Möglichkeit vermieden.
- 3.) Die höchste Fruchtbarkeit liegt bei einem mütterlichen Alter von 20—40 Jahren im 2. Jahrfünft der Verhehlung und findet sich bei ungelernten Arbeitern und einer monatlichen Einkommenshöhe von 250.— bis 350.— DM. Der Begriff des „Hilsarbeiters“ ist nicht als biologische Einheit aufzufassen, da „verdrängte Berufe“ aller Art in ihm enthalten sind.
- 4.) In landschaftlicher Hinsicht zeigt sich der größte Kinderreichtum bei heimatvertriebenen Familien, der allerdings bei zunehmender Verschmelzung mit der einheimischen Bevölkerung abnehmende Tendenzen aufweist. Der Standpunkt des bewußten Kinderreichtums aus Tradition wird immer mehr verlassen.
- 5.) Nicht nur eine räumlich ausreichende und gesunde, sondern auch eine qualitativ genügende und preislich erschwingliche Wohnung wird als familiengerecht gefordert. Als Wohnideal wird in Abkehr vom Wohnblocks system das Eigenheim in der Form des Einfamilien- oder Siedlungshauses bevorzugt.
- 6.) Die Neigung zur 2-Kind-Familie herrscht vor und findet sich in allen Schichten und Berufen der Bevölkerung, betonter unter den ungelernten Arbeitern, Facharbeitern, Handwerkern und Angestellten.
- 7.) Die Gründe für die Kleinhaltung der Familie sind komplexer Natur und werden von endogenen, überwiegend aber von exogenen Kräften bestimmt.
- 8.) Alle weltanschaulichen und religiösen Bekenntnisse machen von der Geburtenregelung in Anpassung an die Erfordernisse der Gegenwart Gebrauch und verwirklichen die Kleinhaltung der Familie. Eine überzeugende Abhängigkeit der Familiengröße von der jeweiligen politischen Ausrichtung konnte nicht herausgestellt werden, wenn sie

auch in Einzelfällen offensichtlich ist. Kinderreichtum für unser Volk wird zwar bejaht, aber meistens der Zeit entsprechend.

- 9.) Eine staatlich gelenkte Geburtenregelung wird abgelehnt und nur in bestimmten Sonderfällen für wünschenswert gehalten. Dagegen wird die Intensivierung der Aufklärung durch die Organe des Staates und als Auftragsangelegenheit durch soziale Organisationen unter Mithilfe der Kirchen als dringend notwendig erachtet. Bei diesen Wünschen steht die Sorge um die Jugend im Vordergrund, sowie die Erziehung der Einzelperson und der Eltern zur Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber. Den Organen des Staates wird aufgegeben, wieder familiengedeihliche Lebensbedingungen zu schaffen und das für die innere Bereitschaft unerläßliche geistig-politische Seinsvertrauen wieder herzustellen, ohne das eine Nachwuchsförderung wenig erfolgversprechend sein muß.
- 10.) Der „Wunsch nach dem Kinde“ ist in der Bundesrepublik keineswegs erloschen, sondern in unnatürliche Bahnen gelenkt und nur sinnvoll, wenn er stets zur Familie führt, andererseits die Familie aber auch nicht gefährdet. Dann wird er zur dienenden Kraft des Volkes und des Staates.

Fragestellung bei der Erhebung.

- 1.) Wievieltens Kind? Geschlecht? Normale Geburt? Wann? oder welcher Schwangerschaftsmonat? (Die betreffenden Kinder der Reihe nach aufzählen):
- 2.) Absicht oder Zufall? (Für jeden Fall Begründung angeben):
- 3.) Sind weitere Kinder erwünscht? Genaue Begründung angeben!
- 4.) Wann waren Verluste an Kindern durch Fehlgeburten, Totgeburten oder spätere Todesfälle?:
- 5.) Geburtsdaten beider Eltern:
- 6.) Beruf und gesellschaftl. Stellung beider Eltern (erlernter und jetzt ausgeführter Beruf):
- 7.) Landschaftliche Herkunft beider Eltern (wenn Deutschland, Provinz oder Bundesland angeben):
- 8.) Monatl. Nettoeinkommen beider Eltern z. Zt. der Geburt des jeweiligen Kindes und jetzt? Arbeitslos?:
- 9.) Wie lange verheiratet? Heiratsdatum der Eltern angeben:
Wer von den Eltern zum 2. oder 3. Mal verheiratet, mit wieviel Kindern? Oder ledigen und Witwenstand angeben:
- 10.) Wieviel Geschwister waren einschl. der Eltern?
- 11.) Konfessionelle Überzeugung bd. Eltern, aktiver Glaube oder nur noch traditionell, beeinflußt Ihre religiöse Überzeugung die Größe Ihrer Kinderzahl?
- 12.) Politische oder weltanschauliche Einstellung bd. Eltern. Beeinflußt Ihre politische Überzeugung die Größe Ihrer Kinderzahl?

- 13.) Braucht unser Volk überhaupt Kindernachwuchs?
Wie beurteilen Sie die Situation, wenn die Zufallskinder einmal fort-
fallen sollten?
- 14.) Heimatvertrieben oder sonstwie geschädigt?:
- 15.) Wann aus Kriegsgefangenschaft entlassen?:
- 16.) Sind Sie wegen Ihres Kinderreichtums schon aus Ihrem Bekannten-
oder Kollegenkreise gestichtelt worden?, wenn ja, in welcher Form?:
- 17.) Wohnverhältnisse z. Zt. der Geburt des jeweiligen Kindes und jetzt?
Stadt oder Dorf:
- 18.) Ist Ihre Wohnung jetzt ausreichend? Stadt oder Dorf? Neubau, Alt-
wohnung, Mieter oder Untermieter, Eigenheim oder Wohnblock? Sied-
lung? Stets Begründung!:
- 19.) Welche Bau- und Wohnungsart halten Sie für die richtige zur Entwick-
lung einer kinderfreudigen Familie? Begründung:
- 20.) Wie hoch ist durchschnittlich wöchentliches reines Verpflegungs-
geld bei wieviel Personen? Sparen Sie an der Verpflegung? Welche
Rolle spielt die Margarine?
- 21.) Wären Sie für weiteren Familienzuwachs bei besseren wirtschaftlichen
und Wohnverhältnissen? Begründung:
- 22.) Treiben Sie Geburtenregelung? Sollte sich der Staat durch Aufklärung
darum kümmern? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, weshalb
nicht?
- 23.) Schafft der Staat die Voraussetzungen zur Ehe- und Familiengründung?
Wenn ja, wodurch? Wenn nein, durch welche Mittel erschwert oder
unterdrückt er sie?
- 24.) Welche Maßnahmen wären zur Förderung von Nachwuchs nach Ihrer
Meinung erforderlich?:

KAPITEL VI

Tabellarischer Anhang.

Tabelle 1. *)
Beschäftigung des Ehemannes und Kinderzahl **)

Beschäftigung Art der	Zahl d. Ehe- männer	Zahl der Kinder			Summe der Kinder	Durchschnitts- zahl der Kinder
		vor 1945	1945 bis 1948	später		
Ungelernte Arbeiter	72	51	23	93	167	2,3
Facharbeit. Handwerker	161	95	45	190	330	2,0
Angestellte, untere u. mittlere Beamte und Soldaten	96	66	27	113	206	2,1
Bauern	24	25	7	22	54	2,3
Inhaber selbständiger Hand- werksbetriebe	10	20	3	11	34	3,4
Akademiker	13	7	7	11	25	1,9
Insgesamt:	376	264	112	440	816	2,17

*) Ein Künstler und zwei Unterstützungsempfänger, die miterfaßt wurden, werden in dieser Tabelle nicht mitgeführt.

**) Von der Berechnung des mittleren Fehlers wurde in Anbetracht doch noch zu geringer Zahlen abgesehen.

Beschäftigung des Ehemannes und Kinderzahl.

Bei dem relativ kleinen Personenkreis muß man in der Deutung des Kinderdurchschnitts im Hinblick auf die Beschäftigung des Ehemannes mit weitgehenden Schlüssen sehr zurückhaltend sein, besonders bei den beruflichen Minderheiten. Nur führende Berufsgruppen berechtigen zu einer richtunggebenden Auswertung.

Obwohl Handwerker und Angestellte zahlenmäßig am stärksten vertreten sind, erreichen sie eine Kinderzahl von 2,0—2,1 im Schnitt, dagegen aber der zahlenmäßig an 3. Stelle folgende ungelernte Arbeiter 2,3!

Vielleicht deutet sich auch eine relative Geburtenfreudigkeit unter den selbständigen Betrieben an, was jedoch eine eindeutige Bewertung nicht zuläßt. Immerhin spielt hier der traditionsgebundene Wunsch nach dem Erben und Stammhalter eine wichtige Rolle. Auch unter den Beamten macht sich der „Wunsch nach dem Kinde“ mit der Festigung des Berufsstandes scheinbar stärker bemerkbar, wie es gleichfalls in dem Bericht des Instituts für Demoskopie in Allensbach am Bodensee zum Ausdruck kommt, der allerdings das Wunschbild zu sehr betont und die Wirklichkeit zu wenig berücksichtigt. Ob man diese Tendenz auch als Symptom einer beginnenden Überwindung der gegenwärtigen Vertrauenskrise werten darf, bleibt abzuwarten. Dagegen verhalten sich die akademischen Berufe immer noch sehr abwartend und zurückhaltend, während sie an dem Geburtenanstieg nach 1933, wie auch von Rodenwald, Harmsen und Burgdörfer anerkannt wird, genau so kräftig beteiligt waren wie alle anderen Volksschichten.

Daß die höchste Geburtenhäufigkeit nach 1949 erfolgt, dürfte überwiegend durch die wirtschaftliche Konsolidierung zu erklären sein. Die „Nachholungsperiode“ durch die entlassenen Kriegsgefangenen fällt hier nicht mehr ins Gewicht.

Tabelle 2.
Beschäftigung der Ehefrau und Kinderzahl *)

Art der Beschäftigung	Zahl der Mütter	Zahl der Kinder			Summe der Kinder	Durchschnitts- zahl d. Kinder
		vor 1945	1945 bis 1948	später		
Nur Hausfrau	298	223	84	363	670	2,2
Ungelernte Arbeiterin	45	29	11	47	87	1,9
**) Handwerkerin Facharbeiterin	10	5	2	12	19	1,9
Angestellte ***)	32	20	11	31	62	1,9
Insgesamt:	385	277	108	453	838	2,17

*) Eine Fürsorgeempfängerin, die miterfaßt wurde, wird in dieser Tabelle nicht mitgeführt.

**) Inhaberin eines selbständigen Handwerksbetriebes unter Handwerkern und Facharbeitern.

***) Eine Akademikerin unter Angestellte.

Beschäftigung der Ehefrau und Kinderzahl

Hier wurde die Geburtenfreudigkeit von 87 mitverdienenden Ehefrauen, unter denen die ungelernte Arbeiterin lediglich zahlenmäßig die Angestellte überflügelt, mit der Kinderzahl der nur Hausfrau bleibenden Ehefrau und Mutter in Vergleich gebracht. Die übrigen Berufsgruppen können wegen zu großer Minderheit unberücksichtigt bleiben. Dabei ergibt sich schon aus dem kleinen Material, daß die nicht mitverdienende Ehegattin einen etwas größeren Kinderdurchschnitt aufzuweisen hat. Man darf wohl daraus schließen, daß sich der Entzug der Mutter nachteilig auf die Geburtenfreudigkeit der Familie auswirkt, was freilich auch an größerem Material nachzuweisen wäre, während umgekehrt die dem Heim erhalten bleibende Mutter erwartungsgemäß der ausschlaggebende Faktor für einen höheren Kinderdurchschnitt zu sein scheint. Wesentliche Unterschiede sind allerdings nicht festzustellen.

Tabelle 3.

Einkommen und Kinderzahl.

Höhe des monatlichen Einkommens DM	Zahl der Ehepaare	Zahl der Kinder	Durchschnittszahl der Kinder
Bis 150.—	28	58	2,07
150.— bis 249 —	73	166	2,3
250.— bis 349.—	138	307	2,2
350.— bis 500.—	105	222	2,11
über 500.—	41	85	2,07
Insgesamt:	385	838	

Einkommen und Kinderzahl.

Sowohl in der Allgemeinreihe wie in der Dunlop-Reihe findet sich der höchste Kinderreichtum in der Spanne von 150.— bis 350.— DM Monatsverdienst. Damit scheint sich diese Bevölkerungsgruppe überwiegend als die eigentlich volkserhaltende Schicht darzustellen.

Von 350.— DM Monatsverdienst aufwärts läßt sich ein Sinken der Fruchtbarkeit bei weiterem Ansteigen der geldlichen Entschädigung feststellen. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielleicht überwiegend in den gesteigerten Lebensansprüchen und der Furcht vor der Einschränkung der eigenen Bequemlichkeit zu suchen, haben aber auch ihre Wurzeln in dem weitverzweigten Mißtrauen der Gegenwart.

Außerdem dürfte die Sicherung der Zukunft des Kindes eine beachtliche Rolle spielen. Auch bei diesem Material wird, wie auch in größeren Statistiken, die Durchschnittskinderzahl von 3 nirgends erreicht. Daß sie

hier einmal bei den Wohlfahrtsempfängern auftaucht, ergibt sich wohl aus dem Nachteil der kleinen Zahl. Immerhin wäre eine Nachprüfung bei dieser Bevölkerungsgruppe vielleicht lohnenswert. Dem entspricht auch eine kürzliche Veröffentlichung, wonach $\frac{3}{4}$ der Paten-Kinder des Bundespräsidenten (jeweils das 7. Kind) „einen Arbeiter, Erwerbslosen oder Rentner zum Vater“ haben. Überzeugende Unterschiede ergeben sich nicht.

Den häufig geäußerten Wunsch nach Besserung des Lebensstandards trifft man besonders in solchen Familien, deren Löhne sich nach Achinger und Mitarbeitern nahe an der Elendsgrenze bewegen. Im Allgemeinen wird aber von allen politischen Parteien einschl. der Opposition zugegeben, daß sich der Lebensstandard gegenüber den ersten Nachkriegsjahren wesentlich gehoben hat.

Tabelle 4.

Dauer der Ehe bzw. des eheartigen Zusammenlebens und Kinderzahl

Dauer der Ehe	Zahl der Ehepaare	Zahl der Kinder	Zahl der Kinder pro Ehepaar					
			1	2	3	4	5	6 u. mehr Kinder
1 — 5 Jahre	142	189	102	34	5	1	—	—
5 — 10 Jahre	130	287	38	48	32	5	5	2
10 — 15 Jahre	77	223	10	30	15	14	3	5
15 — 20 Jahre	25	101	1	4	4	6	7	3
20 — 25 Jahre	7	24	—	2	2	1	2	—
20 — 30 Jahre	4	14	—	2	1	—	—	1
Insgesamt:	385	838	151	120	59	27	17	11

Dauer der Ehe bzw. des eheartigen Zusammenlebens und Kinderzahl

Das 1. Jahrfünft nach Verheleichung erfaßt einschließlich der vorehelichen Kinder und Graviditäten natürlicherweise die größte Fruchtbarkeit für das 1. Kind, an dem die Unverheirateten mit etwa $\frac{1}{8}$ beteiligt sind. Um $\frac{2}{3}$ geringer folgt im gleichen Intervall das 2. Kind, das in Übereinstimmung mit den Dunlop-Fällen eine auffallende Konstanz bis ins 3. Jahrfünft aufweist, während das dritte Kind bei den Dunlop-Fällen nur noch angedeutet nachweisbar ist. Lediglich 44 Ehepaare beteiligten sich noch an dritten Kindern und weiterer Fortpflanzung. Und zwar auch bei den über 10 Jahre Verheirateten trifft man nur bei 37 Ehepaaren weitere Kinder. Der Wunsch zur 2-Kind-Familie tritt im Großbetrieb also entschiedener hervor. Im 2. Jahrfünft fällt zwar der Anteil des 1. Kindes, dafür führt das 2. und mit Abstand das 3. Kind. Nach dem 2. Kind merkt man bereits die Erlahmung der Kinderfreudigkeit.

Tabelle 5

Alter der Mutter und Kinderzahl.

Alter in Jahren	Zahl der Mütter	Zahl der Kinder	Zahl der Kinder pro Mutter							
			1	2	3	4	5	6	7	8
Unter 20	7	8	6	1	—	—	—	—	—	—
20 — 30	176	288	104	48	24	—	2	1	—	—
30 — 40	167	431	34	69	29	24	6	4	2	1
40 — 50	34	107	6	6	8	4	7	—	2	—
50 — 60	1	4	—	—	—	1	—	—	—	—
Insgesamt:	385	838	150	124	61	29	15	5	4	1

Alter der Mutter und Kinderzahl.

Bei der Bewertung des Alters der Eltern für den „Wunsch nach dem Kinde“ hat das Alter der Mutter die überragende Bedeutung. Das Maximum der Fruchtbarkeit liegt in Auswirkung der noch kinderreichen Familien im 3. Lebensjahrzehnt. Die Geburtenhäufigkeit zeigt nach dem 40. Lebensjahr einen natürlichen Sturz, der bei den Dunlop-Fällen noch klarer ins Auge fällt. Man beachte auch den tiefen Einschnitt nach dem 2. Kind! Die etwa 20 Familien mit einem Altersunterschied der Ehegatten von 10 und mehr Jahren bestätigen die alte Weisheit zunehmender Kinderarmut, allerdings nicht ohne Ausnahme. Im allgemeinen wird die Regel, Kinder in jungen Jahren zu zeugen, eingehalten.

Literatur.

1.) Wissenschaftliche Veröffentlichungen :

- Achinger, H., Archinal, S. und Bangert W.: „Reicht der Lohn für Kinder?“ 1952 Selbstverlag des Deutschen Vereins für öffentl. u. Priv. Fürsorge. —
Arbeitsbericht der Beratungsstelle Kassel, Deutscher Arbeitskreis bewußter Elternschaft. —
„Bericht der engl. Regierungskommission für Bevölkerungsfragen und Familienförderung“, aus Ärztl. Mitteilungen v. 4. 10. 52, 3. 1. und 17. 1. 53. —
„Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung in Hannover 1951/52“. —
„Bericht über die 3. Europ. Studentagung der Union Internationale des Organismes Familiaux“ in Frankfurt v. 27.—29. 3. 53 aus Nachr. der Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitswesen vom März 1953. —
- Burgdörfer, F.: „Bemerkungen zum Ausgleich der Familienlasten“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 20. 3. 54. —
- Bornikoel, B. und Harmsen, H.: „Zur Frage der Geburtenregelung“ aus Volksgesundheitsdienst Heft 5/1950. —
- Brandenburger, Wolfg.: „Die Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik“, aus Ärztl. Mitteilungen v. 20. 2. 54. —
- Cehak, G.: „Die Familienentwicklung in der modernen Gesellschaft als soziol. Entwicklungsproblem“, aus „Familie u. Volk“ v. 4. 2. 52. —
- Coerper, K.: „Beitrag zur Eheberatung“ aus Nachrichten d. Arbeitsgemeinschaft f. Gesundheitswesen Nr. 10/Sept. 1952. —
- Cook, Rob. C.: „Wer wird morgen leben?“, Christ. Wegner-Verlag, Hamburg. —
- Coser, L. A.: „Zur Familienpolitik der S. U.“ aus „The American Journal of Sociology“, Bd. L VI, Nr. 5, März 1951 S. 424—434, mitgeteilt in „Ausländische Sozialprobleme“ v. Juli 1951. —
„Ein Tätigkeitsbericht der Bundesregierung“ aus Nachr. d. Deutschen Vereins f. öffentl. u. priv. Fürsorge 2/ 1951 —.
„Familienlastenausgleich und Sozialversicherung“, aus Ärztl. Mitteilungen Heft 9 v. 1. 5. 50. —
- Fischer, J.: „Zur Frage der negativen und positiven Fortpflanzungshygiene“, aus Volksgesundheitsdienst, Heft 11 v. Nov. 1951. —
Vergl. „Entwicklung und Beurteilung eugenischer Gesetzgebung in Deutschland“, aus Ärztl. Mitteilungen v. 10. 1. 51. —
„Die natürliche Geburtenregelung nach Knaus“ 1950, Wardie-Verlag, Dischingen/Wttbg. —

- Föllmer, W. und Schmidt, G.: „Die uneheliche Schwangerschaft bei Minderjährigen“, aus „Die Medizinische“ 1952 S. 651—657.
- Föllmer, W. und Rothe, M.: „Das Schicksal von Mutter und Kind nach unehelicher Geburt“, aus „Dtsch. md. Wschr.“ 1954 S. 1556—59.
- Geiger, W.: „Rechtsfrage der Insemination“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 20. 11. 1954. —
- Gerfeld, E.: „Grundriß der Sozialhygiene“ 1951 S. 111/112. —
- Graf, O.: „Gesunde Familien — Schicksal Europas“, aus Ärztl. Mitteilungen v. 18. 4. 53. —
- Grebe, H.: „Alter der Mutter und der kindl. Mißbildung“, aus „Medizin. Klinik“ v. 6. 3. 1953. —
- Guttmacher, A. F., Tietze, Christ., Rubin, Sam.: „Contraception Among Two Thousand Private Obstetric Patients“, aus „The Journal of the American Medical Association“ Aug. 20, 1949. —
- Grotjahn: „Leitsätze zur Generations-Hygiene“. —
Grundgesetz für die Bundesrepublik aus Frankfurter Rundschau. —
- Haimes, N. E. und Stone, A.: „Praktische Methoden der Geburtenregelung“ 1949 Akadem. Verlag ausl. Wissenschaftler, Königstein/Ts. —
- Dr. Hammer, „Zum Problem der Kinderbeihilfe“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 1. 5. 54. —
- Harmsen, H.: „Das medizinische Ubel der Abtreibung“, Paper of the World Conference, Bombay, India. Nov. 24 — Dez. 1952. —
Desgl. „Von der Geburtenregelung zur bewußten Elternschaft — die Entwicklung in Deutschland“ ebendort Nov. 24 — Dez. 1952. —
- Hatzinger, W.: „Inaugural Dissertation 1952“. —
- Hubert, E.: „Gesundheitssicherung“ (Anmerkung der Schriftleitg. S. 133) aus Ärztl. Mitteilungen v. 7. 3. 1953. —
„Heimkehrerkrankheiten und ihre Spätfolgen“ aus Hess. Ärzteblatt v. Februar 1954. —
- Knack, A. V.: „Die Empfängnisverhütung durch den Prakt. Arzt“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 4. 12. 54. —
- Herbrand, W. und Röckel, W.: „Über eine neue kontrazeptionelle Methode auf biologischer Grundlage“ aus „Deutsche Medizinische Wochenschrift v. 19. 6. 53. —
- Knaus, H.: „Die Physiologie der Zeugung des Menschen“, III. Aufl. 1950. —
- Mayer, A.: „Ärztl. Fragen der heterologen künstlichen Insemination“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 20. 11. 54. —
„Körperliche und seelische Folgen der Wohnungsnot“ aus Zeitschrift für Hygiene, Bd. 130, S. 42—66 (1949). —
- Krampel, A.: „Zeitwahl in der Ehe“, 11.—15. erweiterte Auflage 1951, A. Pröbster Verlag, Kempten/Allgäu. —
- Kroeger, A. N.: „Wie ist Ehe heute möglich?“ Res. der evang. Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung, Düsseldorf. —
Drgl.: „Verantwortliche Elternschaft“, Laetare Verlag, Nürnberg. —
- Kurzwelly, Fr. W.: „Zur Gestaltung des Familien-Lastenausgleichs“, aus Ärztl. Mitteilungen v. 15. 7. 50. —

- „Lehr- und Dienstjahr — und Werkheime für berufslose Mädchen“ aus Nachr. d. Dtsch. Vereins f. öffentl. u. priv. Fürsorge 1951 Nr. 3. —
- „Problem des modernen Wohlfahrtsstaates, aus Ärztl. Mitteilungen v. 4. 4. 53. —
- Mitteilungen des Niedersächsischen Landesgesundheitsrates, Heft 4, v. 10. 4. 1954. S. 39. —
- Mollen, H. u. Gerhardt, O.: „Der weibliche Temperaturzyklus im Dienste ärztlicher Beratung und Diagnostik — Medico-Technic Mollen K.-G. in Bonn. —
- „Natürl. Bevölkerungsbewegung im Dtsch. Reich 1938 und in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1946 bis 1950“, „Der Öffentliche Gesundheitsdienst“ v. April 1952. —
- Naujoks, H. und Fritsch, K.: „Das spätere Schicksal der Frauen nach ausgeführter u. abgelehnter Schwangerschaftsunterbrechung“, „Die Medizinische“ Nr. 40 v. 4. Okt. 1952. —
- Papst Pius XII: „Die Heiligkeit der Ehe, der Mutterschaft und des Lebens“, v. 29. 10. 51. —
- Quecke, K.: „Mahatma Gandhi und seine Stellung zur Geburtenkontrolle“, aus „Grenzgebiete der Medizin“, II. Jahrg. 1949, Heft 12. —
- Oeter, F.: „Soziale Sicherheit auf Individual- oder Familiengrundlage“, aus Ärztl. Mitteilungen v. 20. 6. 53. —
- Drgl.: „Ausgleich der Familienlasten — eine notwendige Klärung“, aus Bundesarbeitsblatt v. Juni 1952. — Drgl.: „Der Ausgleich der Familienlasten“, aus Volksgesundheitsdienst, Heft 11, Nov. 1951. —
- Drgl.: „Die Familie kommt in die Politik“ aus Ärztl. Mittlg. v. 7. 11. 53. — Drgl.: „Die Berücksichtigung der Familie im Tarifentwurf der großen Steuerreform“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 3. 4. 54. —
- Drgl. „Kinderbeihilfen oder familiengerechte Abgabenordnung?“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 20. 2. 54. —
- Richtlinien und Erfahrungen für die christl. Eheberatung“, eine Gabe des Theol.-Medizin. Arbeitskreises innerhalb der Evangel. Akademie Badens „Karlsruhe 1952“. —
- Robin, Jean: „Das Bevölkerungsproblem Japans“ aus Population Paris, April bis Juni 1951, Bd. VI/2, S. 204—213, mitgeteilt in „Ausländ. Sozialprobleme“, Okt. 51. —
- Rodewald, B.: „Über die Grundlagen des öffentlichen Gesundheitsdienstes“ aus Hess. Ärzteblatt v. Juli 1952. —
- Rohmer: „Therapie bei Erkrankungen im Kindesalter“ aus „Die Therapiewoche“ Sept. 1952. —
- Schmith, O.: „Körperliche und seelische Folgen der Wohnungsnot“ aus „Zeitschrift f. Hygiene Bd. 130 S. 42—66 (1954). —
- „Soziale Sicherheit, Ubereinkommen der 35. Internationalen Arbeitskonferenz 1952 über Mindesteinkommen der sozialen Sicherheit“, aus Ärztl. Mitteilungen v. 6. 9. 52. —
- „Soziale Sicherheit. Das Aktionsprogramm und der soziale Gesamtplan der SPD“ aus Ärztl. Mitteilungen v. 18. 4. 53. —

- „Statistische Umschau“ aus Wirtschaft und Statistik v. Juni 1952.
 „Städtehygiene“ Heft 1, Januar 1950. —
- Stieve, H.: „Angeblich sterile Zeiten im Leben geschlechtstüchtiger Frauen“, aus Zeitschrift für Geburtshilfe und Gynäkologie, 136. Bd. II Heft 1952. —
- Tietze, Christ, Guttmacher, A. C. F. und Rubin, Sam.: „Unintentional Abortion, Planned Pregnancies“ aus „The Journal of the Medical Association April 29, 1950 in 1,497. Mitgeteilt in „Ausländische Sozialprobleme“ v. Juli 1951. —
 „Weltgesundheitsorganisation“, Arztl. Mitteilungen v. 15. 11. 52. —
- Windorfer, A.: „Zum Problem der Mißbildung durch bewußte Keim- und Fruchtschädigung“ aus „Medizinische Klinik“ v. 6. 3. 53. —
 „Wirtschaft und Statistik“, Heft 6 v. Juni 1952. —
 „Minderjährige Ehestandsbewerber“, Nachr. d. Dtsch. Vereins für öffentliche u. priv. Fürsorge 1951, Nr. 3. —
 Weltnachrichten f. Bevölkerungspolitik u. Geburtenordnung 1952 Nr. 1—10, 1953 Nr. 11, 13, 14, Hieraus: „Die Bevölkerung der Welt“ (1/52), „Mohammedanische Stellungnahme“ (5/52), „Interview Marg. Sanger u. Mahatma Gandhi“ (6/52), „Belgien“ 10/52. —

2.) Presse:

Hanauer Anzeiger:

- „Sowjetische Heldenmütter“ v. 6. 1. 52. —
 „Warum sie nicht Lehrer werden sollen“ v. 21. 3. 52. —
 „Hessische Ehefreudigkeit ließ nach“ v. 17. 6. 52. —
 „Einrichtungen der Spielclubs beschlagnahmt“ v. 16. 7. 52. —
 „Was macht der Staat mit unseren Steuern?“ v. 17. 7. 52. —
 „Bundestag arbeitet im Rekordtempo“ v. 19. 7. 52. —
 „Handwerk ist überaltert“ v. 19. 7. 52. —
 „Überalterung des Handwerks“ v. 21. 7. 52. —
 „Gerechte Verteilung des Reichtums“ v. 23. 7. 52. —
 „Vor neuen Mieterhöhungsanträgen“ v. 23. 7. 52. —
 „Keine Vorurteile gegen Andersfarbige“ v. 20. 8. 52. —
 „Sexus und sozialer Kontakt“ v. 24. 7. 52. —
 „Müssen wir uns scheiden lassen?“ v. 26. 8. 52. —
 „Schülerzahl zurückgegangen“ v. 10. 9. 52. —
 „Innenminister über Wohnungsfragen“ v. 17. 9. 52. —
 „Beleidigender Luxus“ v. 16. 10. 52. —
 „Tendenz lustlos“ v. 16. 10. 52. —
 „Weltbevölkerung nahm seit 1950 um über 300 Millionen zu“ v. 24. 10. 52. —
 „Hanauer diskutieren über Hanau“ v. 25. 10. 52. —
 „Pläne zur Einkommensteuermilderung“ v. 5. 11. 52. —
 „Amerikanische Europapolitik abwarten“ v. 6. 11. 52. —

„Mieter für weitere Raumbewirtschaftung“ v. 4. 8. 52. —
 „Wo Hessens Bevölkerung wohnt“ v. 5. 8. 52. —
 „Lehrermangel verhindert Auswahl an pädagogischen Instituten“ v. 9. 8. 52. —
 „Noch fehlen 3 Millionen Wohnungen“ v. 20. 8. 52. —
 „Hanau ist kein Versuchsfeld für schlechte Architekten“ v. 2. 10. 52. —
 „Bessere und größere Wohnungen verlangt“ v. 2. 10. 52. —
 „Für Förderung des Eigentumsbaues“ v. 4. 10. 52. —
 „Wir bitten uns etwas mehr Geschmack aus“ v. 11. 10. 52. —
 „Notiz aus der Bundestagung deutscher Architekten“ v. 14. 10. 52. —
 „CDU entwirft soziales Reformprogramm“ v. 27. 8. 52. —
 „Starke Zuwanderungstendenz in die Städte“ v. 2. 1. 53. —
 „Verschuldet der Staat die Onkelehen?“ v. 6. 1. 53. —
 „Steuerreform vor dem Bundeskabinett“ v. 20. 1. 53. —
 „Mensch ohne Seele“ v. 20. 1. 53. —
 „Mehr Familienheime und Kleinsiedlungen“ v. 22. 1. 53. —
 „Vielstündige Debatte über Schäffers Etat“ v. 30. 1. 53. —
 „Finanzminister erläutert die neuen Steuertabellen“ v. 3. 2. 53. —
 „Hanau duldet keine Improvisationen“ v. 3. 2. 53. —
 „Frau gehört in die Familie“ v. 23. 2. 53. —
 „Preissenkung statt Lohnerhöhung“ v. 26. 3. 53. —
 „Verknappung der Arbeitskräfte“ v. 21. 3. 53. —
 „Lehrer kämpfen um Würde ihres Standes“ v. 4. 4. 53. —
 „Das Kind braucht die Mutter“ v. 8. 4. 53. —
 „Schuld und Recht der Menschen“ v. 23. 2. 53. —
 „Wieviel Menschen kann die Erde ernähren?“ v. 25. 3. 53. —
 „Erhard: keine weiteren Lohnerhöhungen“ v. 3. 6. 53. —
 „Zuchthaus für ehemaligen SS-Arzt“ v. 12. 6. 53. —
 „Gesetzentwurf über Kinderbeihilfen“ v. 25. 6. 53. —
 „Ehefreudigkeit nimmt ab“ v. 3. 8. 53. —
 „Bessere Versorgung für Kriegerwitwen“ v. 8. 8. 53. —
 „Spareinlagen-Zuwachs in den Bundesländern“ v. 12. 8. 53. —
 „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ v. 13. 8. 53. —
 „Kaiser für sozialen Rechtsstaat“ v. 14. 8. 53. —
 „Bessere Wohnungen schneller bauen“ v. 15. 8. 53. —
 „Einwohnerzahl stieg nur durch Zuwanderung“ v. 22. 8. 53. —
 „Angleichung der Altbaumieten“ v. 26. 8. 53. —
 „Weltförderung für seelische Gesundheit“ v. 29. 8. 53. —
 „Papst Pius zum Problem der Sterilisation“ v. 10. 9. 53. —
 „Möbel für den sozialen Wohnungsbau“ v. 10. 9. 53. —
 „Guter Sparwille trotz Urlaubskonjunktur“ v. 12. 9. 53. —
 „Sowjetunion verlor den kalten Krieg“ v. 16. 9. 53. —
 „Spareinlagen steigen weiter“ v. 19. 9. 53. —
 „Kommt ein Familienminister?“ v. 1. 10. 53. —
 „1953 bessere Wohnungen als im Vorjahr“ v. 7. 10. 53. —
 „Storch will Renten der Kaufkraft anpassen“ v. 24. 10. 53. —

- „Ein zweites Wohnungsbaugesetz“ v. 28. 10. 53. —
 „Große Debatte über die Regierungserklärung“ v. 29. 10. 53. —
 „Maßvolle Kritik der Sozialdemokraten“ v. 29. 10. 53. —
 „Erkenntniswandel der Sozialdemokratie“ v. 29. 10. 53. —
 „Kirche erkennt Geburtenregelung an“ v. 7. 12. 53. —
 „Keine echte Opposition in Deutschland“ v. 30. 4. 54. —
 „Ein grundsätzliches Urteil“ v. 5. 5. 54. —
 „Neues Wohnungsbaugesetz v. 6. 5. 54. —
 „Neues Toleranzedikt fällig“ v. 14. 5. 54. —
 „Gefahren des materiellen Fortschritts“ v. 17. 5. 54. —
 „Stärkere Förderung des Siedlungswesens“ v. 18. 5. 54. —
 „Lyrik.-Preis ausschreiben des Süddeutschen Rundfunk“
 v. 20. 5. 54. —
 „Schäffer im Gespräch mit dem Steuerzahler“ und Schäffer: „2,9
 Milliarden Mark für den Steuerzahler“ v. 20. u. 21. 5. 54. —
 „Erstarkung des religiösen Lebens“ v. 25. 5. 54. —
 „Polizeikampf mit Bunkerbewohnern“ v. 2. 6. 54. —
 „Wohlfahrtsstaat kein sozialer Fortschritt“ v. 10. 6. 54. —
 „Professoren genießen das höchste Ansehen“ v. 11. 6. 54. —
 „Besatzungskinder ohne Ernährer“ v. 12. 6. 54. —
 „Wohnungsbau und kleine Steuerreform“ v. 12. 6. 53. —
 „Nur Wohnwert für die Miete entsprechend“ v. 14. 6. 54. —
 „Maßnahmen für Kinderreiche geplant“ v. 24. 6. 54. —
 „Würmeling will weiter kämpfen“ v. 28. 6. 54. —
 „Familienlastenausgleich ohne Bürokratie“ v. 1. 7. 53. —
 „Die Miete ist zu hoch“ v. 1. 7. 54. —
 „Das Einfache ist das Heilende“ v. 2. 8. 54. —
 „Hellwege für die Todesstrafe“ v. 2. 8. 54. —
 „Nur 1,30% der Familien kinderreich“ v. 2. 8. 54. —
 „Das Wohnungseigentum“ v. 3. 8. 54. —
 „Privateigentum im Wohnungswesen“ v. 3. 8. 54. —
 „Vatikan gegen Geburtenkontrolle“ v. 6. 9. 54. —
 „Es fehlen noch 3,5 Millionen Wohnungen v. 6. 9. 54. —
 „Sind zuviel Menschen auf der Erde?“ v. 6. 9. 54. —
 „Was wird mit Würmeling“ v. 7. 12. 54. —
 „Der wachsende Facharbeitermangel“ v. 4. 1. 55. —
 „Koexistenz ist kein echter Frieden“ v. 4. 1. 55. —

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

- Dombrowski, Erich: „Raum und Räume“ v. 19. 7. 52. —
 „Die Ehescheidungen“ v. 19. 7. 52. —
 „Notleidende Kirchen danken dem Weltbund“ v. 2. 8. 52. —
 „Das gefährliche Spiel“ v. 2. 8. 52. —
 Baumgarten, H.: „Wenn die Programme kommen“
 v. 3. 8. 52. —
 „Die Großstadt unserer Zeit“ v. 11. 8. 52. —
 „Heimat durch Heirat“ v. 23. 8. 52. —

- „Das Sein und das Nichts“, Rezension über J. P. Sartre v. 30. 8. 52. —
 „Rheumatismus durch Wandausstrahlungen?“ v. 3. 1. 53. —
 Neumeister, H.: „Aus guter Familie“ v. 26. 3. 53. —
 „Der Erlösergedanke in der Deutschen Nachkriegsnovelle“
 v. 1. 4. 53. —
 „Grundriß einer Sozialordnung“ v. 8. 4. 53. —

Frankfurter Neue Presse:

- „Papst Pius gegen Geburtenkontrolle“ v. 30. 10. 51. —
 „Erlaubt die Kirche Geburtenkontrolle?“ v. 20. 11. 51. —
 „Familie — Vorteil oder Belastung?“ v. 17. 2. 52. —
 „Mehr Wohnungen für Kinderreiche“ v. 25. 2. 52. —
 „Glück in der Ehe“ v. 22. 5. 52. —
 „Werden Eheleute vernünftiger?“ v. 22. 5. 52. —
 „D-Mark reitet auf 4 Wellen“ v. 7. 6. 52. —
 „Bericht über Tagung der Arbeitsgruppen des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart“ v. 29. 8. 52. —
 „Steuerform familienfeindlich“ v. 4. 3. 53. —
 „Neue Interpretation des Sozialismus“ v. 18. 3. 53. —
 „Sie sind nicht weniger intelligent“ v. 24. 3. 53. —
 „Sozialer Wohnungsbau wird gefördert“ v. 30. 7. 53. —

Deutscher Kurier:

- „Marx ist tot — es lebe Marx!“ v. 21. 3. 53. —
 „Baut familiengerechte Wohnungen“ v. 1. 8. 53. —
 „Onkel Bundespräsident“ v. 12. 9. 53. —
 „Ein Eigenheim nach Maß“ v. 3. 10. 53. —
 „Verlorener Baukostenzuschuß“ v. 10. 10. 53. —
 „Regierungserklärung des Bundeskanzlers“ v. 24. 10. 53. —
 „Nicht nur der Geldschein entscheidet“ v. 9. 4. 54. —
 „Köster, R.: „Die Weltanschauung der Freien“ v. 14. 5. 54. —
 „Forderungen der Frauen“ v. 21. 5. 54. —
 „Das gefährdete Familienleben“ v. 25. 6. 54. —
 „Familienministerium — einmal anders“ v. 7. 1. 55. —

Wiesbadener Kurier:

- „Mut zur Familie darf nicht versteuert werden“ v. 28. 4. 53. —
 „Familiengerechte Wohnungen“ v. 25. 4. 53. —
 „Eine Lehre für Lehr“ v. 30. 4. 53. —

Neue Zeitung:

- „Die Wohnungssorgen der Beneluxländer“ v. 3. 7. 51. —
 „Bau von jährlich 400 000 Wohnungen soll gesetzlich sichergestellt werden“ v. 10. 9. 52. —

Deutsche Wirtschaftszeitung:

- „Familiengerechte Steuern“ v. 22. 9. 51. —

Frankfurter Rundschau:

„Würmeling plant Heiratsdarlehen“ v. 24. 6. 54. —

Deutsche Zeitung:

„Wozu ein Familienministerium?“ v. 28. 10. 53. —

Darmstädter Echo:

„Möglichst viele Eigenheime“ v. 11. 8. 52. —

Frankfurter Latern:

„Neubauwohnungen als Krankheitsherde“ v. 30. 4. 54. —

Die Stimme der Gemeinde:

„Vorschläge zu einem Ausgleich der Familienlasten“ Nr. 2 v. Febr. 1952. —

Sieben Tage:

„Warum heißt mein Vati Onkel?“ v. 3. 10. 52. —

Constanze:

„Keine Zufallskinder mehr!“ v. 21. 5. 52. —

„Zwei Zimmer, Küche, Bad“ 2. Maiheft 54. —

Wochenend:

„Keine Zufallskinder mehr!“ Nr. 12/53. —

Du und die Welt:

„Warum Kinderbeihilfen?“ Sept. Heft 1949. —

Quick:

„Mysterium des Tages X“ Nr. 48 v. 30. 11. 52. —

Frankfurter Illustrierte:

Richter, E.: „Albert Schweitzer, ein Genie der Menschlichkeit“ v. 21. 9. 52. —

Revue:

„Bauen wir die Slums von morgen?“ Nr. 49 v. 6. 12. 52. —

Welt am Sonntag:

„Nachruf auf einen Minister“ v. 5. 12. 54. —

Spiegel:

„Generationen von Halbidioten“ v. 25. 6. 52. —

Die neue Familie:

Bund für Volksgesundheit und Geburtenregelung e. V., Nürnberg
Nr. 1, 2/1949, Nr. 2—4, 6, 7, 9, 10, 26/1950, Nr. 4—7, 9, 11, 12/1951
Nr. 1—10/1952. —

Ärztliche Mitteilungen:

Ausschnitt aus der Rede des Abg. Dr. Hammer (FDP) v. 15. 3. 52. —

3.) Korrespondenz

Mitteilungen des Instituts für Demoskopie v. 24. 10. 52. —

„Ehescheidungsstatistik des Landgerichtsbezirks Hanau“, Mitteilungen f. Hess. Statist. Landesamtes v. 8. 7. 1952. —

Die Hilfsschüler in Hilfs- und Volksschulen des Bundesgebiets in den Jahren 1950 und 1951 — Persönl. Mitteilung des Stat. Bundesamtes v. 22. 7. 1952. —

Persönlicher Brief des Herrn Bundesinnenministers v. 4. 7. 52. —

Persönlicher Brief des Herrn Abgeordneten Franz Strauß (C.S.U.) v. 23. 6. 52. —

Persönlicher Brief des Herrn Abgeordneten Dr. Richard Hammer (F.D.P.) v. 24. 6. 52. —

Persönlicher Brief der Föderalistischen Union Gruppe Zentrum v. 10. 7. 52. —

Persönliches Schreiben der Patentex-Gesellschaft m. b. H. v. 23. 7. 52. —

Persönlicher Brief von Duran-Wever v. 13. 11. 52. —

Persönlicher Brief von Oeter v. 21. 7. 52. —

Persönlicher Brief von Oeter v. 10. 7. 52. —

Katholisches Brautexamensprotokoll. —

Persönlicher Brief des Herrn Bundesministers für Wohnungsbau v. 20. 5. 54. —
Bollnow, O. Fr.: „Das Problem einer Überwindung des Existentialismus“, Süd-West-Funk-Sendung v. 24. 8. 52. —

Dergl.: „Die Tugend der Geduld“ aus ebend. v. 17. 10. 1952. —

Dergl.: „Der Begriff des Heilens“ aus ebend. v. 2. 11. 1952. —

Guiton, R. J.: „Die französische Bevölkerungspolitik“ (Ref. f. d. Hess. Rundfunk).

Lebenslauf.

Am 3. 10. 1912 wurde ich als Sohn des Gutsinspektors Max Zühlke und seiner Ehefrau Bertha geb. Rabel in Volkmannsdorf/Krs. Neiße/OS geboren.

Ostern 1918 kam ich in Weigelsdorf im Eulengebirge in die Volksschule, Ostern 1922 in Langenbielau im Eulengebirge in das Realprogymnasium und Ostern 1923 in Wahlstatt bei Liegnitz in das Realgymnasium, wo ich Ostern 1932 mein Abitur machte.

Nach $1\frac{1}{2}$ Jahren freiwilligen Arbeitsdienstes begann ich in Breslau mit dem W. S. 1933 das medizin. Studium und beendete es dort ohne Unterbrechung mit bestandenem Staatsexamen am 27. 6. 1939. Danach arbeitete ich als chirurg. Assistent im Elisabeth-Krankenhaus in Breslau und wurde am 23. 8. 1939 zur Wehrmacht (Luftwaffe) eingezogen.

Am 24. 9. 1940 verheiratete ich mich mit Helma Franke aus Breslau. Während des Krieges wurden uns 2 Kinder geboren.

Nach vorübergehender Tätigkeit im Heimatkriegsgebiet wurde ich als aktiver Sanitätsoffizier zunächst zum Heer abkommandiert und im Mittelabschnitt der Ostfront als Truppenarzt eingesetzt, ab 1943 bei verschiedenen Erdkampfeinheiten der Luftwaffe an der NO-Front verwendet, zuletzt im Rahmen der 6. Flakdivision. Seit 1942 stand ich im Range eines Stabsarztes und wurde u. a. mit dem E. K. II ausgezeichnet.

Bei Kriegsschluß geriet ich in Kurland in russische Gefangenschaft, aus der ich am 19. 4. 1950 nach Frankfurt/Main entlassen wurde. Wegen gesundheitlicher Schäden blieb ich zunächst in der Hilfskuranstalt der Landesversicherungsanstalt Marburg/Lahn und übernahm am 14. 8. 1950 die Vertretung einer gynäkologischen Praxis in Hanau/Main. Nach dem Tode des Praxisinhabers wurde ich am 30. 4. 1951 arbeitslos.

Am 16. 7. 1951 fand ich eine vorübergehende Beschäftigung als Lagerarzt im Auswandererlager Hanau am Main, aus dem ich mit Beendigung des amerikanischen Auswanderungsprogrammes am 30. 9. 1952 entlassen und damit erneut arbeitslos wurde.

Nach 2-monatiger Tätigkeit in der Univers.-Kinderklinik Frankfurt a. M. ging ich noch einmal in das vorgeschriebene Landvierteljahr und übernahm einige ärztliche Vertretungen. Seit dem 1. 5. 1953 arbeite ich als Vertragsarzt beim Versorgungsamt Frankfurt a. M.

55/110